



## Protokoll

**39. Sitzung des Gemeinderates**  
**Montag, 14. Juni 2021, 19:00 Uhr bis 21:35 Uhr**  
**Stadthofsaal, Theaterstrasse 1, 8610 Uster**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 86/2021 des Stadtrates: Frühe Förderung, Massnahmen und Weiterentwicklung, Kreditantrag
- 4 Weisung 89/2021 des Stadtrates: Beschlussentwurf zur Motion 511/2018 von Patricio Frei (Grüne) und Meret Schneider (Grüne) betreffend "Schutz der Artenvielfalt"
- 5 Motion 511/2018 von Patricio Frei (Grüne) und Meret Schneider (Grüne): Schutz der Artenvielfalt
- 6 Postulat 632/2018 (statt Motion, Umwandlung) von Paul Stopper (BPU): Technische und finanzielle Abklärungen für eine Aufwertung der Personenunterführung „Mitte“ zusammen mit einer Vergrösserung von (bewachten) Abstellmöglichkeiten für Velos unter den Geleisen am Bahnhof Uster
- 7 Postulat 592/2020 von Patricio Frei (Grüne): Einführung von Rufbussen und Ruftaxis in Uster
- 8 Interpellation 605/2020 von Balthasar Thalmann (SP): "Mehr Ruhe in der Stadt – kommt sie?"
- 9 Interpellation 609/2020 von Andreas Pauling (Grünliberale): Steigerung der Ustermer Solarstromproduktion
- 10 Postulat 621/2021 von Angelika Zarotti (SP) und Marco Ghelfi (Grüne): Waldkindergarten

- 11 Postulat 634/2021 von Marc Thalmann (FDP) und Beatrice Caviezel (Grünliberale):  
Überprüfung des vorgesehenen Elternbeitrags für die Morgenbetreuung
  
- 12 Kenntnisnahmen

## Präsenz

Vorsitz	Anita Borer (SVP), Präsidentin
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	36 Ratsmitglieder (inklusive Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber
Verwaltung	Monika Füllemann, Leiter-Stellvertreterin Parlamentsdienst Philipp Jucker, LG-Leiter Natur, Land- und Forstwirtschaft Sarina Laustela, LG-Leiterin Abfallbewirtschaftung und LG-Leiterin Umwelt Markus Zollinger, Abteilungsleiter Bildung Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales
Gäste	Simon Berger Andrei Postica
Verspätet	Monika Fitze (SP) bis 19:10 Uhr (ab Traktandum 1)
Presse	David Marti, AvU Kevin Weber, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und die Gäste.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär.

## Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion verliest **Angelika Zarotti** (SP) folgende Fraktionserklärung: *Vor 30 Jahren fand der erste Frauenstreiktag statt, vor 2 Jahren der zweite. Überall wurde gestreikt, auch in Uster, wir erinnern uns daran und es fanden Aktionen und Veranstaltungen statt. Viele haben sich Grosses gewünscht, noch grösseres erhofft.*

*Die Themen sind und waren vielfältig, wir kennen sie alle. Aber was hat sich seither geändert? Ich lade Sie ein, dies anhand der folgenden Zitate selbst zu überlegen:*

- *Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine „weibliche Zukunft“. Es ist eine menschliche Zukunft.“ Johanna Dohnal, 1939-2010, österreichische Politikerin*
- *Und nochmals Johanna Dohnal: Solange mehrheitlich Männer darüber entscheiden können, was für Frauen, Kinder und sie selbst gut ist, wird es die erforderlichen substanziellen Quantensprünge nicht geben.*
- *Zu einem 400-Meter-Lauf treten ein Mann und eine Frau an! Der Mann mit zwanzig Metern Vorsprung und im sportlichen Outfit. Die Frau mit Rucksack, aus dem zwei Kinder gucken, vor ihr mehrere Hürden. Da ist die Frage, wer schneller ist müssig. Regine Hildebrand (1921-2001) deutsche Politikerin.*
- *Hausarbeit ist Menschenarbeit und nicht Frauenarbeit. Alice Schwarzer, 1939, deutsche Journalistin*
- *Symbolisch haben wir Gleichberechtigung, faktisch noch nicht. Andrea Petkovic, 1987, Tennisspielerin*

*Es sind Zitate von Frauen verschiedenen Alters und aus verschiedenen Zeiten. An Bedeutung haben sich nichts verloren, sie sind immer noch sehr aktuell und nicht erledigt.*

*Wir als Gesellschaft sind weiterhin gefragt, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern und dies auf allen politischen Ebenen. Es hat noch viel Luft nach oben. Packen wir es an!*

Für die SVP/EDU-Fraktion verliest **Markus Ehrensperger** folgende Fraktionserklärung: *An der letzten Ratssitzung verlas der Präsident der Grünliberale/EVP-Fraktion eine persönliche Erklärung, die aber – Zitat – „im Sinne der Fraktion“ sei.*

*Der Sprecher bemängelte insbesondere das Zustandekommen der -Zitat- "peinlichen 16 Stimmen" für das zweite Vizepräsidium. Schuld seien die SVP in der Totalopposition und die aufgeschreckten Hühner der FDP.*

*Auch die schönen Worte der neuen Ratspräsidentin seien nur leere Worthülsen gewesen und der Stolz des IFK-Präsidenten, dass man Kandidaten quer über die Parteigrenzen unterstützte: Diese Zeit sei vorbei.*

*Er verspürte ein tiefes Unbehagen, dass SVP und FDP offensichtlich einstimmig die Unterstützung verweigerten und sich gegenüber dem politischen Gegner so respektlos verhalten hätten. Dieses Gebaren vergifte das politische Klima.*

*Geschätzte Anwesende: Im IFK-Protokoll steht, dass die SP die Wahl von Patricio Frei unterstützt und die SVP die Wahl nicht bekämpfen werde. Die anderen Fraktionen, also auch die Grünliberale/EVP-Fraktion, äusserten sich nicht zum Wahlvorschlag.*

*Eigentlich haben wir ja geheim abgestimmt, aber wenn der Präsident der Grünliberale/EVP-Fraktion hellsehen kann, dann kann ich das auch. Also zählen wir doch mal aus:*

*Markus Wanner und Peter Müller fehlten an der Sitzung. Patricio Frei hat sicher anstandshalber leer eingelegt. 16 Stimmen minus 3 Grüne und minus 9 SP-Stimmen gibt 4. Vier Personen im Rat haben also noch für Patricio Frei gestimmt. Und wie viele Mitglieder hat die Grünliberale/EVP-Fraktion, die die 16 Stimmen als peinlich erachtet und uns eine Klimavergiftung vorwirft? Richtig – sechs.*

*Also hat ein Drittel derjenigen Fraktion, die solch ein Unbehagen vor der Respektlosigkeit und vor der fehlenden grenzüberschreitenden Unterstützung hat, nicht für Patricio Frei gestimmt. Und sie hatten nicht mal den Mut, das im IFK-Protokoll anzukündigen.*

*Aber danach die Moralkeule schwingen und mit dem Finger auf andere zeigen, das ist dann wieder in Ordnung? Dann frage ich mich doch: Wo blieb vor einem Jahr die Schelte der Grünliberale/EVP-Fraktion, als auch ein ganzer Block koordiniert anstatt der jungen SVP-Frau den mittelalten SVP-Bauern wählte? Wahrscheinlich träumte man gerade vom Frauenstreiktag ein Jahr zuvor. Und das Fazit davon: Ein Jeder kehre vor seiner eigenen Tür. Oder auf Uster umgemünzt: Ein Jeder poliere seine eigene Solaranlage. Weil es kann immer sein, dass ein „Sünneli“ darauf scheint und dann ist es peinlich, wenn ein Drittel davon nicht sauber ist.*

Für die Grüne-Fraktion-Fraktion verliest **Natalie Lengacher** (Grüne) folgende Fraktionserklärung: *Es scheint also ganz so, als ob die Ustermer Bevölkerung ein neues Kulturzentrum auf dem Zeughausareal will. Schon im Jahr 2009 sagten 73 % Ja zum Entwicklungskredit und zum Fünf Phasenplan. Und auch 2016 zeigte das Volk deutlich, dass sie den Plan vom Stadtrat unterstützen. Und gestern nun das tolle Ergebnis: Fast 60 % der Stimmbevölkerung sprechen sich für den Projektierungskredit aus.*

*Für viele Ustermerinnen und Ustermer ist es klar: Wir möchten ein eigenes Kino, eigene Bühnen und einen eigenen tollen Saal. Als drittgrösste Stadt des Kanton Zürichs wäre alles andere doch ehrlicherweise etwas peinlich. Die Angst das Zeughausareal könnte in Zukunft nur von einer Elite der Kulturszene benutzt werden, finden wir unverständlich. Das Kulturangebot in Uster beinhaltet zum Beispiel Konzerte, Theater, Lesungen, Filme und Ausstellungen. Da zählt die Buchstartveranstaltung «Reim und Spiel» für Kleinkinder in der Bibliothek genauso dazu, wie der Kleidertausch «tauschen statt kaufen» auf dem heutigen Zeughausareal. Ganz klar eine Kultur für alle! Den Gegnerinnen und Gegnern kann man einzig zu Gute halten, dass sie mit dem Referendum eine vertiefte Diskussion zu Kultur, Kunst und zum KUZU ermöglicht haben. Nun sind sie eingeladen, zu zeigen, dass sie wieder zur konstruktiven Weiterarbeit bereit sind.*

*Wir Grünen verlangen nun, dass beim KUZU auf die Nachhaltigkeit ein besonderes Augenmerk gelegt wird, insbesondere dass die Stadt Uster Parkplätze mit 300'000 Franken jährlich subventionieren soll, ist für die Grünen in Zeiten des Klimawandels nicht nachvollziehbar. Deshalb hatten die Grünen verlangt, dass bei der Projektierung mit einem Mobilitätskonzept aufgezeigt werden soll, wie ein Kulturzentrum mit wenigen oder gar keinen Parkplätzen funktionieren kann. Der Bahnhof liegt in Gehdistanz und wer trotzdem mit dem Auto anreisen muss, soll sein Fahrzeug im Parkhaus des Einkaufszentrums Illuster oder der geplanten Überbauung auf dem Gerichtsplatz einstellen. Wir sind gespannt auf die weiteren Schritte auf dem Zeughausareal und freuen uns heute aber erst einmal über die positive Zustimmung der Bevölkerung.*

Für die FDP/CVP-Fraktion verliest **Jürg Krauer** (FDP) folgende Fraktionserklärung: *59.43 % Ja-Stimmen sind ein klares Resultat. Uster hat gestern Ja gesagt zum Projektierungskredit und damit erneut Ja für den Neubau des Kultur- und Begegnungszentrums auf dem Zeughausareal Uster. Waren es 2009 noch 69.9 % und 2016 noch 66.4 % welche dem 5-Phasenplan respektive dem Gestaltungsplan zugestimmt haben, sind wir heute bei unter 60 % Unterstützer und Unterstützerinnen für die Entwicklung des Zeughausareals. Die Korrelation ist offensichtlich, je konkreter die Kosten für den Bau des KUZU werden, desto mehr schwindet der Prozentanteil der Unterstützenden.*

*In den letzten Wochen wurden vom Stadtrat und auch von der Kulturszene unzählige Versprechungen gemacht. Jetzt müssen diese eingelöst werden: Die Beiträge Dritter müssen vollumfänglich fliessen, die Baukosten dürfen nicht weiter zunehmen, die Parkierung muss realisiert werden und das Grundstück vom heutigen Stadthofsaal muss Geld einbringen und darf nicht einfach dem Stadtpark zugeschlagen werden. Auch sollte das Raumprogramm in der Detaillierungsphase nochmals kritisch und neutral hinterfragt werden.*

*Die Entwicklung des Zeughausareals muss als Ganzes betrachtet werden. Nicht nur das KUZU, sondern auch die Sanierung der denkmalgeschützten Altbauten, insbesondere mit dem städtischen Ziel "Netto Null", kostet Geld. Das KUZU-Projekt beinhaltet bereits die Sanierung des K2. Andere Gebäude sind aber in diesem Projekt nicht enthalten. Daher macht es Sinn, die zusätzlichen Sanierungskosten klar zu kommunizieren.*

*Kultur kostet Geld. Dies ist unbestritten. Nicht nur der Bau des KUZU, sondern auch das Bespielen der Gebäude wird die Steuerzahlenden künftig Jahr für Jahr stark belasten. Die Frage, welche Art von Kultur die Ustermer Steuerzahlenden mit ihren Steuergeldern subventionieren wollen, wurde gestern noch nicht wirklich beantwortet.*

*Mit dem Kulturkonzept 2020–2028 hat der Stadtrat im letzten Jahr einen Nagel eingeschlagen. Es wird sich nun zeigen, ob die Bevölkerung in den nächsten Jahren dieses Konzept unterstützt und sich die Kulturschaffenden mit dem gleichen unermüdlichen Einsatz für eine «Kultur für Alle» einsetzen, wie sie mit grossem Einsatz in den letzten Wochen die Braut, bzw. das Zeughausareal, für die gestrige Abstimmung geschmückt und schönegeredet haben.*

*Im weiteren Prozess kann selbstverständlich auf die Mitarbeit der FDP/CVP-Fraktion gezählt werden. Nur mit einem konstruktiven Dialog aller Befürworter und Kritiker können wir ein mehrheitsfähiges Projekt entwickeln.*

*Die Verantwortung für dieses Projekt liegt jetzt aber beim Stadtrat und auch der Kulturszene Uster. Diese müssen sicherzustellen, dass der Ja-Anteil auf dem Zielstrich, der Abstimmung zum Baukredit, nicht unter 50% fällt. Gäbe es dann ein Nein, hätte diesen Scherbenhaufen der Stadtrat zu verantworten.*

Für die Grüne-Fraktion-Fraktion verliest **Patricio Frei** (Grüne) folgende Fraktionserklärung: *Da hat der Gewerbeverband den Vogel abgeschossen. Man könnte auch sagen, er hat mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Aber bei genauerem Hinsehen stellt man fest, dass da gar keine Spatzen waren. Nur alles heisse Luft. Doch der Reihe nach.*

*Die aktuelle Gewerbe-Zeitung widmet ihre Titelgeschichte der Auszeichnung Usters zur Fair Trade Town. Wegen der Coronapandemie fand dieser Auszeichnungsanlass in kleinstem Rahmen statt, zu gegen waren nur die Stadtpräsidentin, die Vorsteherin der Abteilung Gesundheit, die Mitglieder der Arbeitsgruppe Fair Trade Town und Vertreterinnen von Swiss Fair Trade, der Trägerorganisation der Fair Trade Town-Kampagne.*

*Die Gewerbe-Zeitung stört sich daran, dass den nicht einmal 15 anwesenden Personen Fairtrade-Honig verteilt wurde. Der Zeitungs-Artikel weist etliche Unzulänglichkeiten und Fehler auf. In seinem Beitrag suggeriert der Autor, die Stadt Uster habe den Honig eingekauft und an die Teilnehmenden der Veranstaltung verteilt. Er wittert einen ökologischen Unsinn und erwähnt die Einkaufsempfehlungen. Seine ganze Story baut auf dieser Einschätzung auf. Und das ist sein kapitalster Fehler: Der Honig hatte Claro verteilt – gratis als Werbegeschenk für die Anwesenden, zusammen mit ein paar Mangoschnitzen oder Cashewnüssen, als Alternative weil Corona einen Fairtrade-Apéro verunmöglicht hat. Als Mitglied der Arbeitsgruppe weiss ich, wie die Vorbereitungen für diesen Anlass gelaufen sind. «Eine Organisation verteilt Honig!» Und nun? Also eigentlich überhaupt keine Story für einen Journalisten. Oder will der Gewerbeverband sich über die Regeln der herrschenden freien Marktwirtschaft hinwegsetzen und den Freiwilligen von Claro etwa vorschreiben, was sie verschenken dürfen?*

*Mit seinem Beitrag erweckt der Gewerbeverband den Eindruck, seine Mitglieder haben aktuell, auch während der Pandemie, keine anderen Sorgen, also woher diese insgesamt 100 g Honig stammen. Es ist offenbar, dass der Gewerbeverband weiterhin von falschen Vorstellungen ausgeht: Die Kampagne Fair Trade Town verlangt nicht, dass der lokale Most durch Orangensaft ersetzt wird. Aber es wachsen nun einmal kein Kaffee, kein Kakao und keine Bananen bei uns vor der Haustür. Wenn wir uns für ein Produkt aus einem Entwicklungsland entscheiden, dann wollen wir es mit gutem Gewissen geniessen können. Das ist es, was die Kampagne Fair Trade Town will: Die Stadt setzt sich zusammen mit lokalen Institutionen, Organisationen und Unternehmen dafür ein, dass Kleinbauern und Arbeiterinnen in Entwicklungsländern einen angemessenen Preis für ihre Ernte und Arbeit erhalten und nicht ausgebeutet werden. Wir wollen doch alle, dass der Kaffee in unserer Tasse oder der Orangensaft in unserem Glas nicht durch Kinder- oder Zwangsarbeit zustande kam. Die Organisationen des fairen Handels wie Claro, Gebana, Max Havelaar usw. haben transparente Vorgaben, wie sie in ihren zertifizierten Lieferketten gegen solche Missstände vorgehen.*

*Und genau so, wie ich erwarte, dass ein Kaffeebauer in Kolumbien ein Einkommen hat, das ihm und seiner Familie eine Perspektive gibt, genau so ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, dass auch unsere Bäuerinnen und Bauern in der Schweiz einen fairen Milchpreis erhalten. Und ich lade den Gewerbeverband ein, ebenfalls eine Brücke zwischen lokalem Handel und Fairtrade zu schlagen! Übrigens: Seine Kundschaft tut dies ebenfalls heute schon: Konsumentinnen und Konsumenten, die gezielt Fairtrade-Produkte einkaufen, setzen beim Einkauf ebenso bewusst auf lokale oder regionale Produktion.*

*Weshalb ich das hier alles erzähle: Ich hatte mit meiner Motion gefordert, dass die Stadt Uster Fair Trade Town wird. Und die Mehrheit des Gemeinderats hat das Anliegen unterstützt. Es geht hier also um einen demokratisch gefällten Entscheid. Diesen muss der Gewerbeverband akzeptieren.*

## Persönliche Erklärungen

**Paul Stopper** (BPU) verliest folgende Erklärung: *Einer der sichersten Schulwege weit und breit bleibt bestehen. Das Resultat der Ustermer Stimmberechtigten zur Breitackerstrasse könnte eindrücklicher nicht sein. Damit bleibt einer der sichersten Schul- und Velowege in Uster weiterhin sicher.*

*Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat nun einen dicken Schluss-Strich unter den bald zwanzig Jahre dauernden Versuch zieht, die Breitackerstrasse zu enteignen, um das Fahrverbot aufheben zu können.*

- *Seit 1982 besteht das von Anwohnern erlassene Fahrverbot für Motorfahrzeuge, Motorräder und Mofas.*
- *1999 wollte die Stadt das Fahrverbot aufheben und neue, allgemein zugängliche Parkplätze markieren. Sie unterbreitete den Anwohnern ein Bauprojekt für die Breitackerstrasse. Dagegen wehrten sich die Anwohner mit Erfolg.*
- *Im September 2014 unternahm die Stadt einen neuen Anlauf zur Aufhebung des Fahrverbotes und für die Markierung von Parkplätzen. Wieder unter dem scheinheiligen Argument der Verbesserung der Sicherheit. Die Anwohner liessen die Stadt wissen: «(...) haben von ihrem Vorhaben, diesen Strassenabschnitt dem motorisierten Verkehr zu öffnen, mit grosser Verwunderung Kenntnis genommen. (...). Der Schulweg zum Schulhaus Hasenbühl und zum Kindergarten an der Brunnenwesenstrasse ist dank des Fahrverbotes ausgesprochen sicher (...)».*

*Die Stadt liess nicht locker und versuchte es 2020 erneut. Das Resultat ist nun bekannt. Ich möchte gerne den Fachmann kennen lernen, der glaubt, die Sichtweiten stimmen nicht, die Parkierung sei nicht gelöst und es bestehe ein Sicherheitsrisiko.*

*Weshalb soll die Parkierung nicht gelöst sein? Auf der Breitackerstrasse sind glücklicherweise gar keine Parkplätze markiert und es wird dort nur äusserst selten von Besuchern der Anwohner parkiert. Die Privatstrasse verhindert ja gerade eine allgemeine Parkierung mit dem unweigerlich zusammenhängenden Suchverkehr.*

*Wie passt das Gehabe der Stadt Uster zum Slogan «Uster steigt um»?*

*Danke liebe Ustermerinnen und liebe Ustermer für das klare Resultat.*

**Florin Schütz** (SP) verliest folgende Erklärung: *Wohnstadt am Wasser. Wenn ich den Slogan der Stadt Uster interpretiere, dann so, dass hier alle und nicht nur ein paar wenige ein Zuhause finden sollen. Etwas anders scheint dies die UBS und spezifischer Daniel Brüllmann vom UBS Fund Management zu sehen. In pseudo-empathischen Hausbesuchen gab's für die Mieterinnen und Mieter an der Zelgstrasse in Uster eine Kuschelkündigung, wie es der Tagesanzeiger formulierte. Abriss und Neubau, so der Plan. Das Bauprojekt wird voraussichtlich erst im Juli ausgeschrieben, aber leerkündigen kann man ja auch mal auf Vorrat und ohne die Mieterinnen und Mieter über das geplante Projekt zu informieren. Es ist das klassische Vorgehen der Immobilien-Haie: Pseudo-Sanierungen und Neubauten, Hauptsache die Rendite kann in die Höhe getrieben werden. Irgendwelche ökologische Gedanken kann mir die UBS da beim Abriss von erst 40-jährigen Gebäuden nicht vorgaukeln.*

*Die UBS reisst an der Zelgstrasse ein Quartier ohne Rücksicht auf dessen Bewohnerinnen und Bewohner auseinander. Was es jetzt von Seiten UBS bräuchte, wären konkrete Informationen für die Mieterinnen und Mieter, faire Mietangebote für eine Rückkehr nach Erstellung des Neubaus und vor allem ein Rückzug bzw. zumindest eine Verschiebung der Kündigungen. Ein Baubeginn im Frühjahr 2022 ist beim aktuellen Fahrplan nämlich mehr als nur unrealistisch und neuer, bezahlbaren Wohnraum zu finden, wird für viele Bewohnerinnen und Bewohner der Zelgstrasse nicht von heute auf morgen möglich sein.*

*Der Handlungsspielraum der Stadt ist in diesem Fall leider stark beschränkt, dieser Fall zeigt aber auf, was wir von der SP seit Jahrzehnten fordern: Schaffung von gemeinnützigem Wohnraum durch Zusammenarbeit mit Genossenschaften und Einflussnahme auf Gestaltungspläne und kein Verkauf von Land an Private – das muss die Stossrichtung von Usters Wohnpolitik sein. Nur so können wir sicherstellen, dass Uster eine Wohnstadt für alle bleibt.*

**Silvio Foiera** (EDU) verliest folgende Erklärung: *Gerne hätte ich mich an dieser Stelle beim Stadtrat für die Beantwortung der Anfrage 624 "eMobility bei Behördenfahrzeugen und Fahrzeugen Dritter im Auftrag der Gemeinde" bedankt.*

*Dies fällt mir angesichts der vorgelegten "Antwort" (O-Ton) jedoch schwer. Ich neige hier gar zu behaupten, der Stadtrat hat schlicht seine Hausaufgaben nicht gemacht.*

*Die Frage, wo der Stadtrat den Potential sieht, wird mehr oder weniger mit "mer lueged mal" beantwortet.*

*Auch werden Hybridfahrzeuge genannt, welche de facto bald jedes neue Fahrzeug ausmachen werden, damit Flottengrenzwerte eingehalten werden können.*

*Zusätzlich wird auf Gasfahrzeuge verwiesen.*

*Letztere beiden haben wenig mit eMobility zu tun, sind de facto status quo und werden kaum mithelfen, eine vom Stadtrat ja angestrebte Netto Null Strategie zu erfüllen.*

*Auch in der Antwort zur Frage zwei wird viel geschrieben, aber wenig beantwortet.*

*Natürlich kann man bereits jetzt einfach Leistungserbringer bevorzugen, welche die Dienstleistung mit alternativen Fahrzeugen erbringen.*

*Wenn aber wie im Fall Uster zB bei der Müllabfuhr, der Dienstleister dedizierte Fahrzeuge für die Stadt abstellt, möchte er verständlicherweise Planungssicherheit haben, so dass sich diese Beschaffung auch amortisieren lässt und nicht in der nächsten Submissionsrunde der nächst günstigste Anbieter bevorzugt wird. Dies wird in der Antwort leider nicht adressiert.*

*Die in Antwort #4 genannten Kosten für eine dezentrale Ladestation überraschen. Liegt der Preis doch gut 3-5x höher als allgemeine Strassenpreise. Hier wurden wohl grosszügig einige Arbeitsstunden mit einkalkuliert.*

*Interessant ist auch der Verweis auf die sieben, bald wieder acht Schnelladestationen in der Stadt Uster. Diese würde ich mir gerne einmal zeigen lassen.*

*Die einzige Schnelladestation, auf Ustermer Grund, welche ansatzweise diesen Namen verdient, ist der 50kW DC Charger der ABB im trümpeler Areal. 2.5x so leistungsfähig, wie die sogenannten Ustermer Schnellader. Alternativen gäbs noch bei Lidl in Volketswil und Pfäffikon.*

*Um einem Kommunalfahrzeug eine Schnellladung z.B. in der Mittagspause zu ermöglichen, müsste mindestens die aktuell inaktive Ladestelle bei der Energie Uster auf echte Schnellladung und 150kW Leistung gebracht werden. Ein durchaus budgetrelevanter Posten.*

*So bleibt der Eindruck, der Stadtrat möchte zwar, weiss aber nicht wirklich wie und wovon er spricht.*

## Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion verliest **Markus Wanner** (SP) verliest folgende Fraktionserklärung: *Herzlichen Dank an die Bevölkerung von Uster. Sie haben mit einem Anteil von 59 % Ja gesagt zum Projektierungskredit für den Neubau des Kultur- und Begegnungszentrums auf dem Zeughausareal Uster.*

*Die Stimmberechtigten haben erkannt, dass die Gegenargumente der SVP und FDP, das Kultur- und Begegnungszentrum sei nur für elitäre Kultur und viel zu teuer, ganz einfach nicht stimmen.*

*Das Ja freut uns SPler sehr. Nach über 13 Jahren Planung kann nun der nächste Schritt angegangen werden: die Ausarbeitung des Bauprojekts. Geplant ist ein Saal mit 700 Plätzen, eine kleiner Saal mit 120 Plätzen, zwei kleine Kinosäle mit Bar, ein Ausstellungsraum und ein Restaurant. Und das im Zentrum von Uster.*

*Wir hoffen, dass sich auch die Gegner des Projekts auf diesen Prozess einlassen und konstruktiv mitarbeiten. Der einten Parteien trauen wir es zu, dass sie nicht mehr nur die Finanzbrille anhaben, sondern sich wieder bewusstwerden, was Kultur für die Gesellschaft bedeutet – ihre Verantwortung wahr nimmt, wie sie das früher immer getan hat. Bei der anderen Partei sind wir nicht sicher, ob sie das Resultat, den Volkswillen, akzeptieren wollen. Als Verliererpartei fordern sie jetzt, dass das Projekt nochmal überprüft wird und von sich aus redimensioniert. Liebe Volkspartei, genau über das haben wir jetzt abgestimmt – ihr fordert nun, dass sich der Stadtrat über den Volkswillen hinwegsetzt! Das versteht nun beim besten Willen niemand. So könnt ihr das «V» aus eurem Parteinamen streichen. Sie fordern auch, dass die Parkplätze mit mindestens 72 Plätzen zwingend im Kredit enthalten sein müssen. Und dass das Kulturbudget nicht weiter erhöht wird. Unter akzeptieren des Volkswillen verstehen wir etwas anderes. Das ist enttäuschend und zeigt, dass es weiterhin schwierig sein wird, mit dieser Partei konstruktiv zusammenzuarbeiten. Wir wären bereit dazu, aber wenn diese sogenannte Volkspartei weiter so polemisch politisiert, macht sie einem das nicht einfach. Wir freuen uns, dass es jetzt weitergeht. Uster hat das verdient.*



## 1 Mitteilungen

Vizepräsident **Jürg Krauer** (FDP) gratuliert im Namen des Gemeinderates der Ratspräsidentin, die heute ihren Geburtstag feiern kann. Er überreicht ihr einen Blumenstrauss. (Applaus)

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 38. Sitzung des Gemeinderats vom 17. Mai 2021 ist rechtzeitig aufgelegt.  
Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR  
als genehmigt.

### **3 Weisung 86/2021 des Stadtrates: Frühe Förderung, Massnahmen und Weiterentwicklung, Kreditantrag**

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Die Kommission für Bildung und Kultur hat am 31. Mai 2021 die Weisung 86/2021 beraten. Acht Kommissionsmitgliedern waren anwesend. Ebenfalls teilgenommen haben Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin, und Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales.*

*Ich verzichte auf eine detaillierte inhaltliche Wiedergabe der Weisung. Die dürfte bekannt sein. Im Wesentlichen geht es darum, bereits vor dem Kindergarteneintritt belastete Familien zu erreichen und zu motivieren, bestehende Angebote zu nutzen. Damit sollen langfristig auch Kosten gespart werden.*

*Zu Beginn der Sitzung hat Barbara Thalmann auf einige aus ihrer Sicht wesentliche Punkte hingewiesen: – Uster ist grundsätzlich gut aufgestellt, und es gibt keine extrem grosse Gruppe mit Problemen. Es gibt aber Kinder, die durch die Maschen fallen. Die grossen Probleme kennt man wegen Sozialhilfe/KESB. Die mit etwas weniger Problemen (z. B. keine Sprachkenntnisse bei Kindergarteneintritt / Unselbständigkeit) erreicht man nicht. Diese Lücken sollen geschlossen werden. – Die Idee ist, das bestehende Angebot besser zu vernetzen/koordinieren, um Familien in schwierigen Umständen zu erreichen. Dazu soll das Familienzentrum beauftragt werden. Viele Familien kommen ins Familienzentrum, dort können die schwierig zu erreichenden Familien betreut und beraten werden. Es soll ein niederschwelliges Angebot sein. – die Weisung betrifft nicht nur die Abt. Präsidiales, sondern auch die Abteilungen Soziales und Bildung. Insgesamt sind 3 Abteilungen beteiligt.*

*Es folgte eine rege Diskussion. Verschiedene Fragen wurden geklärt. Von den beantragten wiederkehrenden CHF 100'000.- sollen 80 Stellenprozent entstehen und 4000.- soll in das geplante „Kompetenzzentrum frühe Kindheit“ fliessen. Für 2021 wird das Geld aber nur anteilmässig bezogen auf den Start fliessen. Insgesamt dürfte es um etwa 140 Kinder gehen, die erreicht werden sollen. Kinderärzte und Hebammen können auch involviert werden. Das Familienzentrum ist bereits informiert. Es gibt noch keine Koordination/Vernetzung der verschiedenen Stellen. Wenn es jemand macht, dann muss es der Staat machen. Diese Investition wurde aber auch kritisch hinterfragt und die Notwendigkeit in Frage gestellt. Schliesslich gibt es ja schon viele Angebote. Ebenfalls war nicht klar, ob der Verein Familienzentrum der Sache administrativ gewachsen sei. Das war zum Teil bei der Jugendarbeit ein Problem. Der Verein wurde aber durch die Fusion mit dem Müze nochmals gestärkt, daher sollte das kein Problem sein. Ein wichtiger Teil der Diskussion drehte sich um den versprochenen Evaluationsbericht. Wie die Evaluation aussehen wird, ist noch nicht definiert. Welche Evaluationsgrössen erhebt man? Wie misst man den Erfolg? Es wurde moniert, dass eine Evaluation im 2023 zu früh sei, da dann noch zu wenig Erfahrung vorhanden sei. Deshalb wurde beantragt, das Geld ein Jahr länger zu bewilligen. Diesem Antrag wurde mit 6:2 Stimmen entsprochen. Ebenfalls mit 6:2 Stimmen beantragt die KBK dem Gemeinderat, der geänderten Weisung zuzustimmen.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Barbara Schäufole-Keel** (SVP): *An der RPK Sitzung vom 7. Juni 2021 wurde die Weisung 86/2021 Frühe Förderung, Massnahmen und Weiterentwicklung, Kreditantrag behandelt.*

*In der Kommission gab es keine grössere Diskussion und Fragen. Dem Antrag der KBK wurde mit 6:2 (abwesend 1) angenommen.*

*Die RPK hat in der Schlussabstimmung mit 6:2 (abwesend 1) zugestimmt.*

Die Stadtpräsidentin, **Barbara Thalmann**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Natalie Lengacher** (Grüne): *Welche Kinder treten nach der 6. Klasse ins Gymnasium über? Welche in die Sek A, B oder C? Welche Kinder finden problemlos eine Lehrstelle und welche haben auch nach einem 10. Schuljahr noch Mühe damit? Und was bitte schön haben diese Fragen mit der Frühförderung zu tun? Bei uns haben doch alle Schülerinnen und Schüler, die sich wirklich anstrengen auch die gleichen Chancen!*

*Leider nein! Gemäss vielen Studien hat die Entwicklung in den frühen Jahren sehr wohl mit einer erfolgreichen Bildungsbiografie zu tun. Die Rückstände mit welchen die Kinder in den Kindergarten starten, können sie leider meistens nicht mehr aufholen.*

*Der Stadtrat hat in der «Strategie Uster 2030» entschieden, dass Uster eine «Stadt für alle» sein soll. Eng verknüpft mit dieser Forderung ist die Gewährung der Chancengerechtigkeit: Kinder sollen sich unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sprache oder sozialer Stellung entwickeln und bilden können, so wie dies auch in der Bundesverfassung vorgegeben wird. Was können wir also dafür tun? Uster setzt dort an, wo die Weichen gestellt werden, nämlich in der Frühförderung.*

*Ein zentrales Problem ist, dass viele belastete Familien nicht früh genug erreicht werden. Um diese Zielgruppe zu erreichen, braucht es eine enge Koordination zwischen den unterschiedlichen Systemen. Ein grosses Potenzial liegt z. B. in der Einbindung von Kinderärztinnen und Kinderärzten sowie Hebammen.*

*Damit die Zusammenarbeit gelingt wird eine neue Fachgruppe gebildet und das zusätzlich benötigte Personal eingestellt. Natürlich kostet das Geld. Geld das aber gut investiert ist. So erhalten möglichst alle Kinder eine wirkliche Chance für einen guten Schulstart. Wir investieren hier also in die Zukunft benachteiligter Kinder. Und dies geht eben doch alle etwas an.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Bei der Vorstellung des Geschäftes wurde in beiden Kommissionen seitens der Verwaltung festgehalten, dass Uster im Bereich der Frühförderung eigentlich kein Problem hätte. So bestehen bereits heute zahlreiche private Institutionen, Anlaufstellen und öffentliche Dienste, die sich um Kinder kümmern, die in einem Umfeld aufwachsen, welches Ihnen nicht die Möglichkeit bieten kann, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Und ich spreche da nicht ausschliesslich von Kindern mit Migrationshintergrund.*

*Es geht also nicht darum, ein neues Angebot für die Kinder aufzubauen. Es geht vielmehr darum die Menschen besser miteinander zu verbinden, die schon heute versuchen, jenen Chancen zu eröffnen, die vom Lebensstart an mit Defiziten zu kämpfen haben.*

*Die Einen meinen, die dafür nötigen 100'000 Franken jährlich seien in Anbetracht der wenigen betroffenen Kinder viel und der Nutzen klein. Die Andern verweisen auf die Folgekosten, die der Gesellschaft entstehen, wenn die Integration fehlschlägt. Eine Erfolgsmessung über künftige Nichtaufwendungen ist auch schwer möglich.*

*Die stadträtliche Vorlage wollte aber nach einem knappen Betriebsjahr bereits Schlüsse ziehen. Das wäre nicht seriös. Daher unterstützen wir den Antrag um eine Verlängerung des Kredites um ein Jahr und die Verschiebung der Evaluation auf Anfangs 2024.*

*Auch die Vorgehensweise der abteilungsübergreifenden Erarbeitung und die weitere Begleitung des Projektes sind in unserem Sinne und sollten bei solchen Geschäften Standard werden. Aber was keine Schule machen darf ist, dass man mit einem Antrag erst verzögert in den Rat kommt und dadurch Mehrkosten auslöst. Auch wenn Corona sicherlich Einfluss hatte, ganz verständlich ist es nicht, dass es über ein Jahr dauerte, bis wir heute darüber befinden können. So ist es nun in der Verantwortung der Verwaltung, den jährlichen Kredit als Obergrenze zu sehen, den es nicht zwingend auszuschöpfen gilt.*

*Wir erwarten nun als nächsten Schritt gespannt – zeitgerecht – die Auswertung der Evaluation.*

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner** (SP): *Die frühe Förderung ist einer der wichtigsten Punkte im Bereich der Chancengleichheit. Das wird in der vorliegenden Weisung sehr gut aufgezeigt. Die Gesellschaft verändert sich. Bei der Entwicklung des Kindes brauchen das Kind und auch die Eltern Begleitung und Unterstützung. Zum Glück hat das Uster schon früh erkannt. Es gibt bereits verschiedene Unterstützungs- und Förderangebote. Das ist gut so, dringend nötig und kann durchaus noch ausgebaut werden.*

*Die SP hat zum Thema «frühe Förderung» immer wieder Vorstösse eingereicht. Wir sind nun froh, dass mit dieser Weisung ein weiterer Schritt getan werden kann.*

*Mit dem neuen Angebot sollen belastete Familien besser erreicht, die Übergänge besser gestaltet und die bestehenden Angebote besser koordiniert werden. Es handelt sich demzufolge nicht um ein zusätzliches Angebot im engeren Sinne, sondern um die Koordination. Das macht Sinn.*

*Der Leistungsauftrag dazu geht an das Familienzentrum. Auch das scheint uns richtig, da das Familienzentrum sicher die entsprechenden Kompetenzen aufweist oder diese aufbauen kann. Das Familienzentrum als Kompetenzzentrum. Wir hoffen, dass das auch längerfristig erfolgreich sein wird und der Verein die nötigen Ressourcen aufbringen kann*

*Wichtig scheint uns auch, dass die Koordinationsarbeit mit einer Evaluation überprüft wird. Dazu braucht es Zeit, mehr Zeit als in der Weisung vorgesehen. Deshalb unterstützen wir den Änderungsantrag der KBK.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *In der frühen Kindheit werden wesentliche Weichen bei der Persönlichkeitsentwicklung gestellt. Die emotionale Struktur eines Kindes wird geformt und grundlegende Verhaltensweisen werden gelernt. Im positiven wie auch im negativen Sinn. Das Kind ist leichter und nachhaltiger formbar als bei fortgeschrittenem Alter. Aus unserer Sicht macht es sicher Sinn, früh die Weichen richtig zu stellen. Leider kommt es immer wieder vor, dass Probleme in Familien erst bei Kindergarteneintritt sichtbar werden. Darunter leidet nicht nur das Kind, sondern auch die ganze Klasse und verursacht erheblichen Mehraufwand bei den Lehrpersonen. Hier besteht Handlungsbedarf. Der Ansatz der Weisung, bestehende Angebote besser zu vernetzen macht Sinn. Wir erachten es auch als sinnvoll, das Familienzentrum damit zu beauftragen. Die CHF 100'000.- sind langfristig gut investiertes Geld. Unterstützungsmassnahmen in der Schule und Sonderpädagogik sind teuer. Wir erwarten hier langfristig Einsparungen. Sollte der Evaluationsbericht zeigen, dass die Ziele nicht oder ungenügend erreicht wurden, muss man den Mut haben, dieses Angebot auch wieder zu streichen. Ebenfalls soll darauf geachtet werden, dass nur diejenigen Familien, die es wirklich brauchen, von diesem Angebot profitieren. Die GLP/EVP-Fraktion erachtet ein Jahr als zu wenig, um fundierte Aussagen über die Wirksamkeit des neuen Kompetenzzentrums frühe Kindheit zu machen. Nach zwei Jahren sollte aber eine aussagekräftige Evaluation vorliegen. Wir stimmen der geänderten Weisung zu.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Barbara Schäufole-Keel** (SVP): *Anlässlich der Budgetdebatte 2021 hat sich die SVP/EDU Fraktion schon kritisch zu diesen Kosten geäussert.*

*Wir sind der Meinung, dass das bestehende Angebot sehr vielfältig und ausreichend ist. Das Familienzentrum, welches von der Stadt Uster bereits CHF 100'000 Förderbeiträge bekommt, funktioniert gut.*

*Wir befürchten, dass das Schaffen einer weiteren Stelle und die damit verbundenen neuen Lohnkosten vor allem den Verwaltungsapparat aufbauschen und letztlich wenig an der Basis – bei den Kindern – ausrichten.*

*Das Bedürfnis beziehungsweise die Grundlage, wieso genau jetzt eine Verdoppelung notwendig ist, können wir nicht nachvollziehen. Der Stadtrat nennt uns keine konkreten Anhaltspunkte, sondern stützt sich bei seinen Argumenten auf Mutmassungen.*

*Ob die Investition zu einer Entlastung der Integrationskosten bei der Abteilung Bildung führt, ist ebenfalls eine reine Vermutung.*

*Aufgrund von Vermutungen und unklaren Schätzungen werden wir keine Steuergelder sprechen. Wir werden den Kreditantrag ablehnen.*

### **Detailabstimmungen**

**Die KBK beantragt, in Ziffer 1 die Jahreszahl 2024 durch 2025 und in Ziffer 4 die Jahreszahl 2023 durch 2024 zu ersetzen.**

**Präsidentin Anita Borer (SVP):** *Wird zu den Anträgen der KBK kein Gegenantrag gestellt und nicht Auszählung verlangt, sind beide Anträge ohne Abstimmung als Beschluss des Gemeinderats zu erklären (Art. 36 Abs. 3 GeschO GR). – Das ist der Fall.*

**Der Gemeinderat hat damit beiden Änderungsanträgen zugestimmt.**

### **Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 27:8 Stimmen:**

- 1. Für die Jahre 2021 bis 2025 werden jährlich 100 000 Franken für die frühe Förderung bewilligt. Dieser Betrag ist im Globalbudget enthalten.**
- 2. Das Familienzentrum wird beauftragt, als „Kompetenzzentrum für frühe Kindheit“ mit den gesprochenen zusätzlichen Mitteln die Angebote im Bereich frühe Förderung zu koordinieren, vermitteln und weiterzuentwickeln. Zusammen mit dem bestehenden Betrag von 100 000 Franken wird das Familienzentrum damit ab 2021 mit jährlich total 200 000 Franken unterstützt.**
- 3. Der Stadtrat wird beauftragt, den Leistungskontrakt mit dem Träger des Familienzentrums, dem Verein Familien- und Gemeinwesenarbeit Uster, anzupassen.**
- 4. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat im Frühling 2024 einen Evaluationsbericht vorzulegen, damit dieser über die Weiterführung des Projektes entscheiden kann.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat.**

**4 Weisung 89/2021 des Stadtrates: Beschlussentwurf zur Motion 511/2018 von Patricio Frei (Grüne) und Meret Schneider (Grüne) betreffend "Schutz der Artenvielfalt"**

Gemeinsame Behandlung mit TOP 5 (Motion 511/2018).

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Die KPB hat die vorliegende Weisung 89/2021 an ihrer letzten Sitzung beraten. Die Weisung setzt die Motion 511/2018 um, die damit abgeschrieben werden kann.*

*Die Biodiversität steht unter Druck und verlangt nach Massnahmen. Die Stadt Uster hat bisher nichts getan, so können rund 250'000 Franken aus dem Globalbudget des Geschäftsfelds Stadt-raum und Natur zugunsten der Biodiversität angerechnet werden. Nun wurde aber mit dem BIK ein umfassendes Konzept erstellt, das rund 60 Massnahmen in 7 Handlungsfeldern aufzeigt. Die Biodiversität soll nicht mehr nur nebenbei, sondern aktiv und bewusst gefördert werden. Insgesamt sollen in den nächsten 10 Jahren total rund 1 Mio Franken zusätzlich dafür aufgewendet werden. Davon 450'000 Franken via Investitionen und 47'000 Franken pro Jahr in der laufenden Rechnung. Es kommen viele kleine Einzelprojekte zu einem grossen Ganzen zusammen. Gleichzeitig löst das BIK das LEK ab.*

*Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Finanzierung noch in der Kompetenz des Stadtrates sei, legt den Antrag aber freiwillig dem Gemeinderat vor.*

*In der KPB war das Konzept an sich unbestritten und die umfassende Ausarbeitung wurde gelobt. Bei der Frage nach Möglichkeiten zur Überprüfung der Wirksamkeit wurde auf die Kennzahlen verwiesen, aber es ist natürlich klar, dass sich die Natur nicht brav an Statistiken hält. Hier sind die Fachleute der Stadtverwaltung mit ihrer Einschätzung eher wichtig.*

*Das ist auch bedeutsam für die Zwischenauswertung nach 5 Jahren, die aber grundsätzlich an den Stadtrat geht.*

*Auch die Frage, ob das beantragte Budget auch reicht, wurde bejaht. Die Zahlen beruhen auf dem ausgearbeiteten Konzept und sind mit Massnahmen hinterlegt.*

*In der KPB kam noch die Frage auf, ob der vorliegende Antrag mit den Biodiversitäts-Zusatzkosten korrekt sei, oder ob die bisherigen Ausgaben aus dem Globalbudget für die Biodiversität mit diesen neuen Ausgaben zu einem gesamtheitlichen Antrag zusammengefasst werden müssten.*

*Es liegt eine Weisung vor, die eine Kenntnisnahme beinhaltet, gleichzeitig eine Motion erledigt, sich in Form einer Leistungsmotion im Leistungsauftrag niederschlägt und isoliert betrachtet inhaltlich in der Kompetenz des Stadtrates liegt.*

*Dem Frieden zuliebe wurde daher nur eine redaktionelle Änderung des Dispositivs vorgenommen.*

*Es geht bei dieser Weisung vor allem auch darum, ein Statement abzugeben.*

*Die KPB stimmte der geänderten Weisung mit 9:0 Stimmen zu.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Eigentlich ist ja bereits alles gesagt worden. Danke, lieber Markus Ehrensperger! Die RPK hat an ihrer Sitzung vom 7. Juni 2021 die Weisung wie auch über den Änderungsantrag der KPB beraten. Anwesend war ebenfalls Abteilungsvorsteher Bau Stefan Feldmann.*

*Die Diskussion drehte sich um folgende Punkte:*

- Das BIK ist auf 10 Jahre ausgelegt, nach 5 Jahren wird eine Evaluation durchgeführt, um allfällige Korrekturen vornehmen zu können.*
- In der KPB gab der Umstand, ob die 47'000 Franken direkt dem jährlichen Budget angerechnet werden soll oder nicht zu reden. In der RPK gab es dazu einzig Verständnisfragen, die aber stimmig beantwortet wurden.*
- Aufgrund der Frage, warum das Geschäft in der RPK behandelt würde, konnte Stefan Feldmann dies begründen, denn es sei im Auftrag des Stadtrats, wie Uster die Artenvielfalt umsetze. Die 47'000 Franken liegen zwar knapp im Kompetenzrahmen des Stadtrates, dieser sei jedoch der Meinung, wenn das BIK schon dem Gemeinderat vorgelegt wird, der Gemeinderat ebenfalls zum finanziellen Aspekt Stellung beziehen könne.*
- Auf Wunsch wurde das LEK (Landschaftsentwicklungskonzept) mit den Inhalten, den Kosten und der Laufzeit im Anschluss an die Sitzung den Kommissionsmitgliedern zugestellt.*

*Die RPK stimmt dem Änderungsantrag der KPB vom 31. Mai mit 6:2 Stimmen (abwesend 1) zu. Der geänderten Weisung stimmt die RPK mit 6:2 (abwesend 1) zu.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Besten Dank dem Referenten der KPB und der Referentin der RPK für das Vorstellen der Weisung. Und beiden Kommissionen besten Dank für die gute Aufnahme des Biodiversitätskonzepts (BIK).*

*Die Arbeit an diesem BIK hat etwas länger gedauert, als ursprünglich gedacht – einerseits weil die Bearbeitung des ganzen Themas doch recht aufwendig gewesen ist, andererseits weil uns die Corona-Pandemie gerade in einer entscheidenden Phase mit geplanten Arbeitsgruppen einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Diesen Rückstand konnten wir dann nicht mehr ganz aufholen. Aber ich hoffe, Sie sehen es wie ich: Das Warten hat sich gelohnt, denn nun liegt mit diesem BIK eine Grundlage vor, die es so nicht viel gibt. Die Stadt Uster ist mit diesem Konzept also durchaus ein Pionier in dieser Sache.*

*Mit dem vorliegenden BIK wollen wir dem Rückgang der Artenvielfalt, die überall – eben auch in Uster – unter Druck ist, entgegenwirken. Es ist nicht so, dass Uster in den vergangenen Jahren nicht nichts getan hat in diesem Bereich. Aber heute müssen wir uns eingestehen: Es ist nicht genug gewesen, es braucht mehr. Und dieses Mehr, das wollen wir jetzt eben mit diesem BIK auslösen.*

*Wie Sie bereits gehört haben, das BIK ist in sieben Handlungsfelder gegliedert worden und umfasst mehr als 60 verschiedene Massnahmen, und zwar ausgelegt auf zehn Jahre mit einer Zwischenanalyse nach fünf Jahren. Das sind Zeiträume, die es braucht, denn die Natur ändert sich nicht auf Knopfdruck, alles braucht seine Zeit.*

*Ein Konzept ist aber letztlich immer nur so gut wie seine Umsetzung, Papier ist ja bekanntlich geduldig. Und für die Umsetzung braucht es selbstverständlich zusätzliche Ressourcen. Wir möchten im Rahmen dieses Konzepts in den nächsten zehn Jahren eine Million Franken in die verschiedenen Massnahmen investieren. Dieser Beitrag zeigt: Eine wirksame Biodiversitätsförderung muss nicht teuer sein, mit jährlich 100'000 Franken mehr im Jahr können wir bereits viel erreichen.*

*Bei diesen zusätzlichen finanziellen Mitteln handelt es sich zum einen um Mittel in der Laufenden Rechnung, vor allem um kleinere Beträge, darunter für neue Stadtbäume oder auch für Fördermittel und Anreize für Dritte, um Massnahmen aus dem BIK umzusetzen. Die Mittel für grössere Vorhaben, für die Aufwertung von Gebieten oder die Finanzierung von Ausstiegshilfen für Amphibien zum Beispiel, werden in die Investitionsrechnung eingestellt. Mit dieser Weisung beantragt Ihnen der Stadtrat auch die Bewilligung dieser Mittel.*

*Wie bereits gesagt und das zum Schluss: Mit diesem BIK macht die Stadt Uster in diesem Bereich einen riesigen Schritt vorwärts, nimmt – was unsere Region angeht – auch eine Pionierrolle ein. Namens des Stadtrats beantrage ich Ihnen Zustimmung zu dieser Weisung.*

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann** (SP): *Was der Stadtrat mit dem Biodiversitätskonzept vorgelegt hat, hat Pioniercharakter. Gehen Sie mal auf „Google“ und suchen Sie was Vergleichbares. Sie werden kläglich scheitern.*

*Der Stadtrat legt ein Konzept vor, das konkret und wohl durchdacht aufzeigt, wie Biodiversität gefördert werden kann. Auf den ersten Blick mag das erstaunen, dass dies möglich ist; auf den zweiten Blick nicht mehr.*

*Uster war eine der ersten Gemeinden, die 2002/2003 ein Landschaftsentwicklungskonzept erarbeitet hat, Uster war eine der ersten Gemeinde, die ein ökologisches Vernetzungskonzept hatte. Und Uster verstand es, gute Lösungen mit den Landwirten und den Waldbesitzern zu finden. Dieser Erfolgsfaktor des Miteinanders für ein langfristiges Ziel lesen wir wiederum aus dem Biodiversitätskonzept heraus. Wir hoffen, dass dieser Geist auch bei der Umsetzung weiter mitschwingt.*

*Und was uns natürlich auch gefällt, dass das viele Mehr an Biodiversität mit relative wenig mehr Geld erreicht werden kann. Es ist auch richtig, dass mit einem Horizont von 10 Jahren gedacht wird. Wir stimmen dem Antrag des Stadtrats mit der Änderung der KPB mit voller Überzeugung zu. Diese Überzeugung ist mit der Hoffnung verbunden, dass auch bei den Bachrevitalisierungen vorwärts gemacht wird, so wies der Stadtrat in der Beantwortung zu einer Anfrage von Peter Mathis-Jäggi ausgeführt hat. Wenn das alles gelingt, können wir uns in wenigen Jahren über mehr Natur freuen.*



Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Ulrich Schmid** (CVP): *Vieles ist bereits gesagt worden, dennoch möchte ich noch einige Punkte vertiefen. Die Motion 511/2018 von Patricio Frei und Meret Schneider (beide der Grünen Partei angehörend) zum Thema «Schutz der Artenvielfalt» war der Auslöser zur Erstellung eines Biodiversitätskonzepts (BIK) für die Stadt Uster. Gratulation!*

*Tatsache ist, dass sich die Natur in den letzten Jahren sehr stark verändert hat, sei dies bei den Pflanzen oder sei dies bei den Tieren. Was noch vor wenigen Jahren normal war, ist heute abnormal. Es gibt heute nur noch wenig Blumenwiesen, Schmetterlinge sind bald ganz Geschichte, Feldhasen kennen wir nur noch vom Erzählen und bei den Vögeln sind fast ausschliesslich nur noch Spatzen zu sehen, wenn überhaupt. Es ist 5 vor 12!*

*Das BIK liegt nun vor und kann heute durch uns abgenommen werden. Das Biodiversitätskonzept wurde in der Verantwortung der Leistungsgruppe Natur, Land- und Forstwirtschaft erstellt. Das Konzept hat einen vorbildlichen Charakter, es ist sehr gut strukturiert und bis ins Detail durchdacht. Viele Stellen und Themengebiete wurden bei der Bearbeitung miteinbezogen. Im Konzept ist ein roter Faden erkennbar resp. ein entsprechender Zeitplan und diverse Massnahmen wurden erfasst. Die Massnahmen werden zu gegebener Zeit überprüft und allenfalls feinjustiert.*

*Auch die Kosten halten sich im Rahmen. Im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur wird es ab 2022 zu einer Budgeterhöhung von CHF 47'000 kommen. Dies sollte uns das BIK zu Gunsten einer intakteren Natur Wert sein. Zusätzlich werden bis ins Jahr 2032 Investitionen in der Höhe von CHF 450'000 anfallen.*

*Die FDP/CVP-Fraktion nimmt das Biodiversitätskonzept zur Kenntnis und bedankt sich bei allen Beteiligten recht herzlich für die geleistete Arbeit. Die FDP/CVP-Fraktion freut sich bereits jetzt auf die Zwischenberichte und wenn sich natürlich die Natur in unserer Gegend wieder erholt. Ein „Insidertipp“ sei an dieser Stelle angebracht: Besuchen sie das Hopperenried: Einmalig diese Schönheit der Natur mit ihren Pflanzen und ihren seltenen Tierarten. Vielen Dank!*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): *Was wünscht man sich als Parlamentarier oder Parlamentarierin mehr? Man macht die Exekutive auf ein Problem aufmerksam, diese nimmt sich dem Anliegen an – und präsentiert schliesslich ein umfassendes Konzept, das erst noch fast nichts kostet. Das kommt schon fast der Quadratur des Kreises gleich – allerdings mit einem Fragezeichen, doch dazu später.*

*Das Biodiversitätskonzept, kurz BIK, ist in sieben Handlungsfelder aufgeteilt, definiert 65 Massnahmen und deckt einen Grossteil des Gemeindegebiets ab. Es ist aufbauend – da die bisherigen Massnahmen inkludiert werden. Es ist richtungsweisend – da ambitionierte Ziele formuliert werden. Und es ist transparent – da die Kosten ausgewiesen werden.*

*Die Kosten halten sich im Rahmen, weil das BIK oft auf einen einfachen Lösungsansatz aufbaut: Das Richtige tun! So erhält die gesamte Stadtverwaltung nun einheitliche Vorgaben, wie sie auf ihren Grünflächen einen Beitrag für die Biodiversität leisten kann. Neu werden alle nicht zweckgebundenen Grünflächen extensiv bewirtschaftet. Das heisst: Im Buchholz oder auf einer Schulanlage muss nicht mehr jeder Rasen mit einem Golfplatzschnitt kurz gehalten werden – sondern da darf auch was wachsen: Darüber freuen sich Heugümper und andere Krabbeltiere – und die Steuerzahler, denn das bedeutet weniger Arbeit – und kostet somit nichts!*

*Ganz wichtig für die Förderung der Biodiversität ist die Vernetzung. Und da waren wir Grünen ja nicht untätig: Denn die Motion war gewissermassen Initialzündung für eine ganze Reihe von Einzelinitiativen zur Förderung der Biodiversität in den Gemeinden rund um den Greifensee – die allesamt Unterstützung fanden. Da wird Uster nun hoffentlich wichtige Anknüpfungspunkte finden, wenn es darum geht Lebensräume von Pflanzen und Tieren überkommunal zu vernetzen. In diesem Punkt aber bleibt das Konzept leider vage.*

*Noch ein Wort zur Revitalisierung der Fliessgewässer: Grundsätzlich sind Gewässer sehr wertvolle Lebensräume und haben gerade im städtischen Gebiet eine wichtige Vernetzungsfunktion. In diesem Punkt verweist das BIK auf den kantonalen Revitalisierungsplan. Dies bedeutet: In zehn Jahren werden erst die Projekte für den Aabach und den Riedikerbach umgesetzt sein. Der Werrikerbach, Guntenbach, Chlusbach, Freudwilerbach und Walchibach werden aber nicht vor 2032 revitalisiert oder ausgedolt. Das ist enttäuschend – es liegt aber vor allem am Kanton, dass es nicht zügiger vorwärtsgeht.*

*Bei allem Lob für das BIK bleibt ein grosses Fragezeichen: Ist mit den vorhandenen Personalressourcen die Umsetzung eines solchen Konzepts tatsächlich zu stemmen? Wir Grünen hegen unsere Zweifel und hoffen, dass da nicht engagiertes Personal überbelastet wird. Wir vertrauen in diesem Punkt dem Stadtrat, dass er seinem in der Weisung geleisteten Versprechen nachkommen wird: sollte das BIK nicht wie geplant umgesetzt werden können, wird er eine Erhöhung der Stellenprozentage beantragen. Wir gehen davon aus, dass er diesbezüglich schon nach 2-3 Jahren eine erste Zwischenbilanz ziehen wird.*

*Auf dieses Biodiversitätskonzept dürfen wir stolz sein. Und dennoch: Mit dem Biodiversitätskonzept wird Uster allein den Artenschwund nicht stoppen können. Aber wir leisten hier bei uns einen wichtigen Beitrag für eine biodiverse Zukunft.*

*Doch das BIK gibt uns keine Garantie: Wir wissen heute nicht, ob dann bis in zehn Jahren Feldhasen und Feldlerchen nach Uster zurückgekehrt sein werden. Was wir heute aber ganz bestimmt wissen: Wenn wir nichts tun, wird es in Uster mit der Biodiversität sicher nicht besser. Eine Alternative zu einem Ja gibt es in dieser Weisung also nicht.*

*Und so hoffen – als Bonmot - Feld-Hase und Feld-Lerche ausgerechnet auf den Feld-Mann und seine Abteilung. (Heiterkeit im Saal)*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Denzler** (SVP): *Was wir alle wissen ist, dass die Artenvielfalt in der Natur wichtig ist. Warum sie zurückgegangen ist, sind mehrere Faktoren schuldig: Bevölkerungswachstum, starker Ausbau von Infrastrukturen, zu kleinräumige Landschaftsflächen, Landwirtschaft und noch vieles mehr.*

*Mit viel Geld möchte man alles korrigieren und wieder dorthin bringen, wo es einst war. Ist das überhaupt möglich?*

*Zu einem gewissen Grad ist es möglich. Wie es aber vor 100 Jahren einmal war, wird es nicht mehr werden, auch nicht mit noch grösseren Budgetposten.*

*Vergleich im Übergang ins 20. Jahrhundert war die Einwohnerzahl von Uster 8'000, heute über 30'000. Die Mobilität ist stark gestiegen, die finanziellen Mittel für die Gestaltung der grösser gewordener Freizeit jedes Bürgers belasten die Natur ebenfalls.*

*Die Landwirtschaft muss mehr produzieren um alle zu ernähren und das noch mit weniger Landwirtschaftsflächen.*

*Machen wir was wir können, die Realität dürfen wir aber nicht verlieren und glauben mit einem Bericht wie das BIK und mit noch mehr Geld werde es dann schon gut.*

*Ich weiss nicht was die Erarbeitung des BIK gekostet hat, für mich bringt es aber nicht viel Neues. Es wird einfach alles nochmals aufgezeigt, wie, was und wo an der Biodiversität gearbeitet werden muss.*

*Biodiversität in der Landwirtschaft, kann ich unterstützen. Nicht aber die Empfehlung aus dem BIK. Unter C7 Seite 19: Erwerb von Flächen zur biodiversitätsfördernden Landnutzung. Erhöhung der Einflussmöglichkeiten durch Erhöhung des Flächenanteils stadteigener Landwirtschaftsflächen. Das sind Massnahmen die nicht korrekt sind gegenüber landwirtschaftlichen Familienbetrieben, die auf Landfläche angewiesen sind um die Existenz zu sichern.*

*Bei einzeln zugepachteten Flächen kann es nicht sein, dass jeder Verpächter separate Auflagen Parzellen bezogen, gegenüber dem Pächter (Landwirt) macht. Der Kanton Zürich möchte so etwas einführen auch im BIK wird es angesprochen. Dazu kommen dann evtl. noch private Verpächter mit Sonderwünschen. Wie soll da noch ein Betrieb als Ganzes betrachtet geführt werden? Vorstellen könnte ich mir über den gesamten Betrieb erhöhte Anforderungen zB. 1-2 % mehr Ökoflächen als die Grundanforderungen wie auch eine landwirtschaftliche Ausbildung EFZ als Bedingung. ( keine Schnellbleiche).*

*Ich bin der Meinung, wir müssen die Artenvielfalt fördern mit Vernunft. In der Fraktion sind wir unterschiedlicher Auffassung, das vor allem bezogen auf die Finanzierung. Wir haben bei uns Stimmfreigabe beschlossen.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin** (Grünliberale): «Stadt Uster will die Biodiversität stärker fördern», dies der Titel einer Medienmitteilung vom 19. Mai 2021. Diese Medienmitteilung, lieber Stadtrat, wurde ein Monat zu früh verschickt. Entscheiden wird der Gemeinderat heute Abend über die Umsetzungsvorlage der Motion der beiden Grünen Patricio Frei und Meret Schneider. Erst nach der heutigen Diskussion kann man also titeln: «Der Gemeinderat Uster setzt das Anliegen der grünen Gemeinderäte um und will die Biodiversität stärken fördern». Dies als kleiner Seitenhieb zur Kommunikationspolitik des Stadtrates!

Jetzt aber zum inhaltlichen des Antrags. Besten Dank an den Stadtrat für die sorgfältige Erarbeitung des BIK und das freiwillige Unterbreiten des zusätzlich nötigen jährlich wiederkehrenden Betrages im Budget. Der Bericht ist sehr umfassend, zeigt die bisher bereits von der Stadt ergriffenen Massnahmen auf und ergänzt sie mit weiteren Massnahmen.

Obwohl unsere Fraktion sehr für die Förderung der Biodiversität einsteht, haben einige dieser Massnahmen bzw. Ausgabenpositionen, vorwiegend die jährlich wiederkehrenden Kosten, bei uns doch zu Fragen geführt. Braucht es für den Erhalt der Biodiversität einen konstanten Geldfluss? Braucht es z. B. die 4'000 Franken für einen Multimedialen Stadtrundgang wirklich jährlich wiederkehrend? Führt dies nachweislich zu einer höheren Biodiversität oder hat sich hier ev. eines der mitbeauftragten Büros einen kleinen Dauerauftrag beschafft? Wir werden die Kosten und Massnahmen in der Kommission in der Budgetdebatte und der Prüfung der NPM-Berichte sicher jeweils kritisch hinterfragen. Zudem wünschen wir, dass der Zwischenbericht, der nach fünf Jahren dem Stadtrat vorgelegt wird, zumindest der zuständigen Kommission ebenfalls im Rahmen der NPM-Besprechung abgegeben wird. Nur so können auch wir Gemeinderäte als Kontrollinstanz die Wirkung mitbeurteilen und helfen, allfällige notwendige Korrekturen anzubringen.

Wir hoffen, dass die geplanten Massnahmen greifen werden und zur Förderung der Arten beitragen. Zusätzlich erwarte ich aber von jedem einzelnen, der heute hier zustimmt, dass er auch persönlich möglichst viel zum Gelingen beiträgt, und nicht nur Resultate durch die von der Stadt ergriffenen finanziellen Massnahmen erwartet. In der Verantwortung sind wir alle als Gesellschaft, alles was einfach finanziell abgegolten über den Staat geregelt werden soll, hat in meinen Augen etwas von einem Ablasshandel.

Wir stimmen der von der KPB geänderten Weisung zu.

**Paul Stopper** (BPU): Auch ich bin erfreut und zufrieden über den Antrag des SR sowie über den Bericht des SR vom 29. April 2021 zum «Biodiversitätskonzept der Stadt Uster, Teil 1: Bericht».

In sich ist es ein recht umfangreiches und stimmiges Konzept.

Schade, dass der Vorstand der Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz (GNVU) nicht miteinbezogen wurde. Frage an den Vorsteher Bau: Was ist der Grund hierfür? Uster ist ja Mitglied der GNVU.

Zum Beispiel wird auf Seite 23 unter «Nistkästen für Höhlenbrüter» ausgeführt «Installation von Nistkästen für spezifische Höhenbrüter im Wald (Eulen, Fledermäuse) als Ersatz für fehlende Höhlenbäume, Ziel Mindestens 40 Nistkästen sind im Stadtwald und im Privatwald installiert». Bis jetzt war und ist das ja eine klassische Aufgabe der GNVU. Bezahlt von den Vereins-Mitgliedern, dem Kanton und der Stadt. Das funktioniert sehr gut und wir bieten natürlich weiterhin gerne unsere Mitarbeit in Form von Fachwissen an. Es müsste aber dringend ein Gespräch zwischen dem Stadtrat und dem GNVU-Vorstand geführt werden.

Zur Naturnahen Waldbewirtschaftung: Im Bericht heisst es: «Bewirtschaftung des Stadtwaldes nach dem Dauerwaldprinzip als Form des naturnahen Waldbaus mit natürlicher Verjüngung und strukturierten, durchmischten Beständen, sowie Propagierung desselben im Privatwald».

Was bedeutet natürliche Verjüngung: Werden da nicht zuerst Bäume gefällt, damit Jungwuchs kommt? Oder wäre es nicht besser, den Wald sich besser selber zu überlassen? Der Wald reguliert sich selber am besten. Wie stimmt das aufskizzierte Konzept mit den Bestrebungen des Stadtrates im Klimabericht überein, wo eine massiv verstärkte Bewirtschaftung des Waldes aufgeführt wird? (mehr Baumfällungen u.a. für Holzschnitzelfeuerungen).

Da bestehen noch divergierende Ansichten, die möglichst rasch geklärt werden müssen. Sonst arbeiten wir aneinander vorbei.

Biodiversität im Siedlungsraum: Ich bin nicht sicher, ob im Bericht nicht eine Verwechslung erfolgt ist: in der auf Seite 10 abgebildeten Grafik wird unter C die «Biodiversität im Siedlungsraum» aufgezeigt, auf der Seite 19 sind unter C-Massnahmen aber vor allem landwirtschaftliche Tätigkeiten aufgeführt. Diese müsste meiner Ansicht nach unter B aufgezählt werden. Oder habe ich mich getäuscht?

*Im Siedlungsraum muss meiner Ansicht nach noch vieles getan werden. Interessant wäre eine Bestandesaufnahme von «pflegeleichten» Gärten (regelmässige Bürstenschnitt der Rasen, biologisch schädliche Schottersteine, asphaltierte Parkplätze, etc.) und «naturnahen» Gärten. Falls das vorhanden ist, werden Sie bass erstaunt über das Missverhältnis sein.*

*Sicher wissen Sie, dass die GNVU (fast) jedes Jahr naturnahe Gärten mit Auszeichnungen prämiert. (Ohne Preisgeld, dafür mit einer Urkunde). Schön wäre, wenn wir diese künftig zusammen mit der Stadt machen könnten. Unter Stadtpräsidentin Elisabeth Surbeck war das der Normalfall.*

*Im Siedlungsraum gibt es noch so viel zu tun, zB regelmässige Aufrufe der Stadt gegen das ohrenbetäubende Rasenmäher-Unwesen – auch in Uster. Oder Kurse für naturnahe Pflege von grossen Rasen-/Wiesen-Flächen. Das wurde unter dem früheren Ustermer Naturschutzbeauftragten Peter Padrutt zusammen mit der GNVU erfolgreich durchgeführt.*

*Aber auch die Stadt selber ist gefordert. Beispiel Loren-Allee: eine einzige Kies-Wüste ohne jeglichen Bewuchs. Hier muss die Stadt endlich tätig werden. zB durch das Unterlassen von Zupfarbeiten. Lassen sie doch Wildpflanzen auf der Ruderalfläche wachsen (bis jetzt wird jedes noch so kleine Gräslein durch städtische Mitarbeiter in vielen Arbeitsstunden entfernt). Das Wachsenlassen kostet nichts – ausser einem einmaligen Schnitt pro Jahr – bringt aber sehr viel.*

Präsidentin **Anita Borer** (SVP): Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Paul Stopper** (BPU): *Ich komme gleich zum Schluss. Baumscheiben begrünen. Eine weitere Möglichkeit ist die Begrünung der vielen hundert Baumscheiben in Uster (Erdfläche rund um die Stadtbäume in Trottoirbereichen). Es ist anzuerkennen, dass bereits einiges gemacht wird, zB an der Zürichstrasse zwischen Poststrasse und Nüsslikreisel) Diese Massnahme muss aber intensiviert werden (zB Entfernung der beengenden Eisengitter rund um die Bäume (zB Brunnenwiesenstrasse kommunal, Winterthurerstrasse ab Gschwaderstrasse bis Haberweidstrasse, kantonal).*

*Im Übrigen unterstütze ich die aufgezeigten Massnahmen überzeugt. Sie müssen jedoch noch intensiviert werden, nicht mit weiteren Kosten, sondern mit vielen kostenlosen Massnahmen. Oder Freiwilligen-Arbeit.*

*Die Motion 511/2018 kann als erfüllt abgeschrieben werden.*

## **Detailabstimmung**

### **Die KPB beantragt dem Gemeinderat folgende Änderungen im Dispositiv (Änderungen unterstrichen):**

Der Gemeinderat,

nach Einsichtnahme in das vom Stadtrat am 18. Mai 2021 festgesetzte Biodiversitätskonzept,

beschliesst:

1. Der Stadtrat wird beauftragt, die Massnahmen des Biodiversitätskonzeptes in den Leistungsauftrag der Leistungsgruppe Natur, Land- und Forstwirtschaft aufzunehmen und diese anzuweisen, die Massnahmen umzusetzen.
2. Das Globalbudget des Geschäftsfeldes Stadtraum und Natur wird ab 2022 um wiederkehrend 47 000 Franken erhöht.
3. Die im Biodiversitätskonzept enthaltenen Investitionen von 450 000 Franken sind in die Investitionsplanung 2022 bis 2032 aufzunehmen.
4. Die Motion 511/2018 wird abgeschrieben.
5. Mitteilung an den Stadtrat.

**Präsidentin Anita Borer (SVP):** *Wird zum Antrag der KPB kein Gegenantrag gestellt und nicht Auszählung verlangt, ist der Antrag ohne Abstimmung als Beschluss des Gemeinderats zu erklären (Art. 36 Abs. 3 GeschO GR). – Das ist der Fall.*

**Der Gemeinderat hat damit dem Änderungsantrag zugestimmt.**

#### **Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat,**

**nach Einsichtnahme in das vom Stadtrat am 18. Mai festgesetzte Biodiversitätskonzept, beschliesst mit 34:0 Stimmen:**

- 1. Der Stadtrat wird beauftragt, die Massnahmen des Biodiversitätskonzeptes in den Leistungsauftrag der Leistungsgruppe Natur, Land- und Forstwirtschaft aufzunehmen und diese anzuweisen, die Massnahmen umzusetzen.**
- 2. Das Globalbudget des Geschäftsfeldes Stadtraum und Natur wird ab 2022 um wiederkehrend 47 000 Franken erhöht.**
- 3. Die im Biodiversitätskonzept enthaltenen Investitionen von 450 000 Franken sind in die Investitionsplanung 2022 bis 2032 aufzunehmen.**
- 4. Die Motion 511/2018 wird abgeschrieben.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat.**

**5 Motion 511/2018 von Patricio Frei (Grüne) und Meret Schneider (Grüne): Schutz der Artenvielfalt**

Gemeinsame Behandlung mit TOP 4 (Weisung 89/2021).

**6 Postulat 632/2018 (statt Motion, Umwandlung) von Paul Stopper (BPU): Technische und finanzielle Abklärungen für eine Aufwertung der Personenunterführung „Mitte“ zusammen mit einer Vergrößerung von (bewachten) Abstellmöglichkeiten für Velos unter den Geleisen am Bahnhof Uster; Bericht und Antrag des Stadtrates**

Präsidentin **Anita Borer** (SVP): *Dieses Geschäft hätte ursprünglich mit der Weisung 31/2019, Beschlussentwurf „Erhaltung der Anzahl Veloparkplätze beim Bahnhof Uster Ost“ behandelt werden sollen. Diese Weisung bleibt aber weiterhin in der Kommission Planung und Bau pendent, darum wurde das Postulat auf 632/2018 auf die heutige Tagesordnung gesetzt.*

Der Postulant, **Paul Stopper** (BPU), nimmt Stellung: *Am 7. Mai 2018 reichte ich eine Motion für technische und finanzielle Abklärungen für eine Aufwertung der Personenunterführung „Mitte“ ein, nämlich:*

- *Vergrößerung von (bewachten) Abstellmöglichkeiten für Velos unter den Geleisen zwischen der Webernstrasse und dem ehem. Güterexpeditions-Gebäude*
- *direkte Zugänge von der Veloabstellanlage auf die Bahnperrens*
- *leicht zugängliche Velo-Zufahrten von Süden*

*Anlässlich der Sitzung vom 3. Sept. 2018 hat der Gemeinderat die Motion in ein Postulat umgewandelt und an den Stadtrat überwiesen.*

*Schön, dass wir nun über dieses bereits 2 1/2 Jahre alte Postulat diskutieren können. In der Zwischenzeit ist doch einiges geschehen:*

- *Der Bau der Doppelspur Uster – Aathal ist einen Schritt weiter. Endlich liegt eine Vorstudie vor.*
- *Im STEK-Zusatzbericht zu den Barrierenübergängen wird zur UfÜ Mitte geschrieben:*

*«Ein Ausbau der PU «Mitte» als Verlängerung des Breitackerweges direkt in die Webernstrasse wird im Projekt «Bahnhofzentrum» für den Fuss- und Veloverkehr geprüft (Vorlage «Bahnhofzentrum»; Behandlung im Gemeinderat voraussichtlich 2021)».*

*Bewachter Velokeller/Kapazität Veloabstellplätze auf der "falschen" Seite: Gleichzeitig mit dem Bahnhofumbau von 1981/85 wurde ein bewachter Velokeller unter dem (ehemaligen) Güter-Expeditionsgebäude erstellt. Dieser ist leider nur von den nördlichen Stadtteilen direkt zugänglich. Von den südlichen Stadtteilen fehlt ein direkter und attraktiver Zugang. Die Personenunterführung "Mitte" ist bekanntlich und aus triftigen Gründen mit einem Velofahrverbot belegt. Zur Frage, ob der Stadtrat bereit sei, einen Studienauftrag zur technischen und wirtschaftlichen Abklärung einer Erweiterung des "Velokellers" im Raum zwischen dem jetzigen Velokeller und der Bankstrasse (unter Bahn- und Bushof) zu vergeben, schrieb er 2015: "Die Idee einer direkten Anbindung der Personenunterführung an die Webernstrasse unter Ausnutzung der Niveauunterschiede wurde im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofbereiches Uster im Jahr 1981 verworfen. In der Zwischenzeit wurde der Bushof Uster samt Unterniveaugarage erstellt, welche diesem Vorhaben räumlich entgegensteht".*

*Diese Antwort war und ist auch heute in technischer Hinsicht falsch: Es ist auch heute noch möglich, die Parkgarage zugunsten eines grossen Velokellers zu verkleinern. Zudem besteht im Güterexpeditions-Gebäude gleich hinter dem bestehenden Velokeller ein etwa gleich grosser Raum. Der könnte zur Vergrößerung des Velokellers verwendet werden.*

*Zusammenhang zwischen Breitackerstrasse und Postulat: In der Abstimmungsweisung des Stadtrates zur Verkehrsbaulinie Breitackerstrasse ist sehr schön aufgezeigt, dass der sichere Veloweg Pfäferikerstrasse-Schachenweg-Breitackerstrasse direkt zur UfÜ-Mitte hinsteuert. Dort ist jedoch Ende der Stange: In der UfÜ besteht ein generelles Fahrverbot. Die Velofahrer müssen also zuerst wieder zur Brunnenstrasse und über die Bankstrasse fahren, wenn sie in die Poststrasse oder Webernstrasse wollen. Das ist etwas absurd. Eine Fortsetzung unter dem Bahnhof für Velos hindurch ist die einzig vernünftige und auch einsichtige Lösung.*

*Den Bauprofilen für einen Neubau an der Ecke Webernstrasse/ Bankstrasse kann entnommen werden, dass dort etwas Grösseres erstellt werden soll.*

*Im Zusammenhang mit dem Postulat ist zu prüfen, ob nicht eine Planungszone erlassen werden muss, damit Abklärungen für eine Erweiterung der UfÜ-Mitte auch für Velos nicht behindert werden.*

*Es könnte ja durchaus eine Variante zum Zuge kommen, bei welcher ein Teil das Untergeschoss des neuen Gebäudes für eine Velo- und Fussgängerunterführung Webernstrasse – Industriestrasse benötigt wird.*

**Antrag, es sei ein Zusatzbericht zu erstellen, welcher**

- *die Vorgaben des STEK-Zusatzberichtes erfüllt und*
- *die Raumbedürfnisse einer erweiterten Velo- und Fussgängerunterführung im Neubau Ecke Webernstrasse/Bankstrasse ausweist*
- *aufzeigt, ob für das Bahnhofgebiet eine Planungszone zu erlassen sei, um negativ präjudizierende Fehlplanungen verhindert werden können.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): *Wir Grünen sind weiterhin begeistert von der Idee einer grosszügigen Unterführung beim Bahnhof. Da müsste man Platz schaffen für Zugreisende und Fussgänger. Aber auch unterirdische Veloabstellplätze sollte es da geben – und weshalb nicht auch der eine oder andere Laden? Und wann, wenn nicht jetzt, wäre der ideale Zeitpunkt, um diese Idee zu platzieren, wenn sich mit dem Projekt «Bahnhofzentrum» die nächsten grossen Veränderungen ankündigen?*

*Aber ohne SBB lässt sich unsere Unterführung nicht zu einer Visitenkarte für unsere Stadt verschönern. Also, was tun, wenn sich die SBB partout taub stellen? Die Faust im Sack? Bringt nichts. Wir Grünen wählen den Weg der Ermutigung: Wir bedanken uns beim Stadtrat für das bisherige Engagement – und hoffen, dass er bei dieser tollen Idee beharrlich dran bleibt!*

**Paul Stopper** (BPU) zu Patricio Frei: *Die SBB wollen nichts zahlen, aber sie würden mitmachen. Darum sollten wir jetzt einmal planen, damit wir wissen, was das überhaupt kostet. Wenn man etwas will, muss man etwas präsentieren.*

### **Abstimmung**

**Paul Stopper (BPU) beantragt einen Ergänzungsbericht.**

**Der Antrag für einen Ergänzungsbericht wird mit 2:20 Stimmen a b g e l e h n t .**

### **Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:**

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 632/2018 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**



## **7 Postulat 592/2020 von Patricio Frei (Grüne): Einführung von Rufbussen und Ruftaxis in Uster; Bericht und Antrag des Stadtrates**

Der Postulant, **Patricio Frei** (Grüne), nimmt Stellung: *Wir Grünen sind beeindruckt, mit welcher Akribie der Stadtrat sich der Fragestellung des Postulats auseinandergesetzt hat. Der Stadtrat zeigt auf, wo in Uster Lücken im ÖV-Netz sind: es sind dies wenig überraschend Werrikon, Trümpler-Areal und das Pflegeheim Dietenrain. Der Stadtrat macht einen Tour d'Horizon über die Erfahrungen mit Pikmi, Buxi und Sowiduu von Chur über Bauma, Herzogenbuchsee bis Genf. Und der Stadtrat führte Gespräche mit der VZO und dem Heiniger Taxi. All dies beweist, dass er das Problem erkannt und sich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Schliesslich geht es in dem Postulat ja auch um seine eigene Strategie «Uster steigt um und entwickelt sich zur ÖV-freundlichen Stadt». Doch letztlich kommt der Stadtrat zum Schluss, dass weder Rufbus, Ruftaxi oder eine andere Form ein vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis für Uster versprechen. Bei der Lösungsfindung wagt der Stadtrat auch einen Blick über den Tellerrand hinaus. Und das rechnen wir Grünen dem Stadtrat hoch an. Er führt nämlich mögliche Alternativen an, die nichts mit der eigentlichen Forderung nach Rufbussen oder Ruftaxis zu tun haben. So findet er für Werrikon einen Mobility-Standort prüfenswert und spielt den Ball dem Ortsverein zu. Und beim Trümpler-Areal sieht er eine mögliche Lösung in E-Trottinetts. Letztlich zeigt der Stadtrat mit seiner Antwort auf unser Postulat nachvollziehbar auf, weshalb er in Uster weder einen Rufbus noch ein Ruftaxi einführen will. Doch das Problem ist damit nicht aus der Welt: Werrikon, Trümpler-Areal und das Pflegeheim Dietenrain bleiben ohne Anbindung ans ÖV-Netz!*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin** (Grünliberale): *Besten Dank an den Stadtrat und die zugehörige Abteilung für die sorgfältige Bearbeitung dieses Postulats. Gerade weil wir damals das Postulat mitüberweisen haben, muss unsere Fraktion nun sehr ernüchert feststellen, dass das Kumulieren von Fahrten offenbar bei kleinen Einzugsgebieten zu wenig funktioniert und das Kosten-Nutzenverhältnis nicht stimmt. Der Bericht bringt aber nicht nur Antworten, sondern wirft auch Fragen auf. Was ist diese Sonderlösung für Werrikon mit der Subventionierung von Taxifahrten von 800 Franken/Jahr? Wie funktioniert dies? Könnte dies eventuell auch auf andere Gebiete wie das Trümplerareal oder den Dietenrain ausgeweitet werden? Hier könnten bitte noch Antworten nachgeliefert werden. Die im Bericht erwähnten zu prüfenden Alternativen können zwar eine Ergänzung im Mobilitätsangebot der Stadt sein, sind aber sicher kein ernsthafter Ersatz zu einem ÖPNV-Angebot. Den Bus oder ein Taxi nutzt man ja ev. weil man keinen Führerschein hat, also ein Mobility-Auto somit keine Alternative ist. Oder sollen Personen mit Rollator, Krücken oder einem sonstigen Hilfsmittel wie dem chicen Schuh, den ich im letzten Herbst getragen habe, wirklich ein Elektrotrotti benutzen, das dann sogar nach dem Parkieren wieder anderen Fussgängern im Weg rumsteht? Also kein Rufbus oder Ruftaxi, aber ev. spezifische subventionierte Taxifahrten. Wir stimmen dem Bericht zu und schreiben das Postulat als erledigt ab.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Uns liegt die Antwort des Stadtrates vor, zu einem weiteren copy/paste-Vorstoss der Grünen. Aber sie dürfen ja, copy/paste ist nur schlecht, wenn die SVP es macht. Aber jetzt zur Sache: Ich komme ursprünglich aus einer Gemeinde, in der ein Ersatzbuskonzept erfolgreich im Einsatz ist, entsprechend bin ich ein positiv gebranntes Kind. Ob sich Rufbusse und Ruftaxis für eine Gemeinde eignen, muss im Einzelfall abgeklärt werden, was die Stadt mit der Antwort gemacht hat. Die Auslegeordnung des Stadtrates für Uster überzeugt und wir werden der Erledigung des Postulates zustimmen.*

*Auch bei dieser Postulatsantwort hat die Abteilung Bau ganze Arbeit geliefert. Die Situation aufgeschlüsselt und diverse Lösungsansätze geprüft. Es entstand wiederum ein umfassender Bericht zu einem eher kleinen Anliegen. Wir bitten den Abteilungsvorsteher Bau, der Abteilung für die Qualität dieser Berichte zu danken. Gleichzeitig knüpfe ich an die letzte Sitzung an, bei der in Frage gestellt wurde, ob die Postulatsantworten wirklich dermassen umfassend ausfallen müssen. Vielleicht können gewisse Abklärungen auch in geraffter Form dargestellt werden.  
Lange Rede, kurzer Sinn: Die Postulatsantworten der Abteilung Bau sind wirklich vorbildlich, aber vielleicht manchmal fast etwas „too much“.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 35:0 Stimmen:**

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 592/2020 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 8 Interpellation 605/2020 von Balthasar Thalmann (SP): "Mehr Ruhe in der Stadt – kommt sie?"; Antwort des Stadtrates

Der Stadtrat hat die Interpellation am 6. April 2021 beantwortet (vergleiche Seite 1013).

Der Interpellant, **Balthasar Thalmann** (SP), nimmt Stellung: *Besten Dank dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Ich muss zugeben, ich fand sie sehr anspruchsvoll. Natürlich bin ich froh, dass der Stadtrat das Thema Lärm auch wichtig findet und sogar eine Ruhestrategie prüft. Ebenso begrüsse ich, dass in der Stadt in der Regel lärmarme Beläge eingebaut werden. Ebenso finde ich gut, dass der Stadtrat Autoposern die Sachlage nüchtern anschaut und nicht in einen Aktionismus verfällt, nur weil das subjektive Empfinden – so manchmal auch meines – von der Realität abweicht. Die Bevölkerung findet Autoposern ein recht grosses Problem - so häufig sind sie auf der Strasse aber nicht anzutreffen, so jedenfalls der Stadtrat. Ehrlich gesagt habe ich aber nicht ganz verstanden, was der Stadtrat sagen wollte, wenn er schreibt, dass für das Poserthema mehr Ressourcen bei der Polizei benötigt würden. Ich glaube, mehr Ressourcen dafür einzusetzen, lohnt sich nicht. Das Geld können wir für besseres einsetzen. Und, nach einem Zeitungsartikel im AvU habe ich gelernt, dass die Kantonspolizei (Kapo) in Sachen Autoposern die viel bessere Kompetenz hat. Mir ist daher viel lieber, wenn die Stapo ein Telefon Richtung Kapo macht und dort Hilfe holt als selbst was aufzubauen, was wir offenbar nicht ernsthaft brauchen. Es ist klar: mit Temporeduktionen können Lärmprobleme effizient und wirksam gemindert werden. Ich vermisse allerdings eine klare Haltung des Stadtrates dazu. Er schreibt was die Kantonsstrassen betrifft "Der Stadtrat würde es begrüssen, wenn sich eine Praxis entwickeln würden, die auf auf Kantonsstrassen, dort wo sinnvoll, Tempo 30 zulässt." Solche Wünsche sind zwar löblich aber bewegen nichts. Ich hätte mir viel lieber gewünscht, dass der Stadtrat grundsätzlich Temporeduktionen zwecks Lärmreduktion fordern. Ich hätte mir vom Stadtrat gerne die Haltung zu Lärmschutzwänden aus Sicht Städtebau erfahren. Dazu ist aber nichts zu lesen. So toll finde ich das nicht. Denn die Frage von Lärmschutzwänden ist ein wichtiges Element, wenn wir um die Qualität des öffentlichen Raums sprechen. Und zu guter Letzt noch dies: im Lärmmodell wird eine jährliche Verkehrszunahme von 1% angenommen. Ich frage mich, ob diese Annahme noch gerechtfertigt ist, wenn wir doch das Ziel «Uster steigt um?» verfolgen*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Natalie Lengacher** (Grüne): *Voller Neugier haben wir die Beantwortung des Stadtrates auf die sehr sinnvoll gestellten Fragen von Balthasar Thalmann gelesen. Das Thema beschäftigt uns in Uster zwangsläufig. Mit einem Prozent Verkehrszunahme auf den Stadtstrassen pro Jahr, wird der Lärm also auch in Zukunft zu reden geben. Vor allem interessierte uns die Frage 3, ob das Problem wie es Balthasar ausdrückt «an der Quelle bekämpft wird» und Uster bereit ist, eine grossflächige Temporeduktion auf den Strassen in Kauf zu nehmen. Etwas enttäuscht lasen wir dann die recht komplizierte Antwort des Stadtrates. So führte dieser zwar ausführlich über mögliche Tempoüberprüfungen aus, gesteht aber auch ein, dass die Stadt Uster selbst keine Messungen durchführt, da sie die entsprechenden Geräte und das ausgebildete Fachpersonal nicht hat. Dennoch gibt es Studien zu Lärmbelastungen beispielsweise vom Tiefbauamt des Kantons Zürichs an diversen Strassen. Dass eine Temporeduktion von 60km/h auf Tempo 50 zu einer wahrnehmbaren Lärmreduktion führt, konnte so bewiesen werden (was ja auch keine Überraschung ist). Ja, verfolgt der Stadtrat nun die Politik, als Lärmschutzmassnahme Temporeduktionen anzuordnen oder Tempo 30 einzuführen bzw. solche auch auf den Kantonsstrassen zu fordern? Aus der Antwort lässt sich das nicht so leicht herauslesen. In den Quartieren soll es grundsätzlich zu flächendeckenden Tempo 30 Zonen kommen, immerhin gibt es deren in Uster schon 16. Trotzdem lässt sich der Stadtrat nicht darauf ein, Tempo 30 auf den Staatsstrassen auch vom Kanton einzufordern und ausserhalb der Quartiere eine Temporeduktion einzuführen. Es müsse «verhältnismässig» sein, da es sich um eine «einschneidende Massnahme» handelt. Wir fragen uns, was schwerer zu gewichten ist: grosser Lärm für Anwohnerinnen und Anwohner und höheres Unfallrisiko für den Langsamverkehr oder Autofahrerinnen und Autofahrer, die sich etwas ärgern und ein paar Minuten später ankommen? Der Lärm soll auch gemäss der Lärmschutzverordnung an der Quelle bekämpft werden.*

*Und im Umweltbericht 2019 der Stadt Uster steht geschrieben: »Im Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung sollen weitere Temporeduktionen geprüft und allenfalls realisiert werden.« Wir hoffen der Stadtrat wird in Zukunft abgesehen von der guten Idee eine zukünftige Lärm- und Ruheschutzstrategie zu erarbeiten das Problem vor allem an der Quelle bekämpfen und den Mut haben flächendeckende Temporeduktionen einzuführen und dies auch beim Kanton Zürich einzufordern.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvio Foiera** (EDU): *Auf sieben Seiten legt uns der Stadtrat dar, welche Massnahmen er sich vorstellen könnte um den Lärm in der Stadt zu senken. So werden zB ein Langzeitmonitoring mit lärmarmen Beläge an der Sonnenbergstrasse angeführt, welche eine Halbierung bis Reduktion des Lärms um 90% ergeben.*

*Was phantastisch klingt, ist leider für Lärmbetroffene kaum wahrnehmbar, da die Skala nicht Linear sondern logarithmisch gelesen wird.*

*Einem weiteren Ansatz, welchem der Stadtrat zugeneigter scheint, ist die Ausweitung der Tempo 30 Zonen.*

*Dies obschon die Analyse ergibt, dass die Lärmbelastung dadurch gerade mal um 1db(A) gesenkt wird, also eigentlich nicht wahrnehmbar.*

*Im Gegenteil, es wird gar darauf hingewiesen, dass bedingt durch das Schaltverhalten gar hochtouriger gefahren werden könnte. Und damit sind wir gerade schon bei Frage drei, dem zunehmenden Ärgernis der Lärmposer Problematik. Wussten sie zB dass automatische Klappenregelungen die Klappen bei Motorrädern teils erst ab 50km/h schliessen? Somit werden durch Tempo 30 da die Lärmemissionen gar noch erhöht statt gesenkt. Ein Bärendienst.*

*Gegen Autoposer welche vorsätzlich durch ihre Fahrweise und mit teils gar mit illegalen und unsachgemässen technischen Modifikationen Lärm verursachen hilft Tempo 30 auch freilich wenig.*

*Eine weitere Lärmquelle, welche nicht adressiert wurde, sind die bollernden Diesel der Busse. Gerade in späteren Abendstunden, bricht dieses Bollen jede Viertelstunde die abendliche Ruhe. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass über 120-150m Luftlinie der Bus jeweils gut hörbar war, während Personenwagen meist nur sichtbar, aber kaum hörbar waren.*

*Dies mit ein Grund, warum auch die Wendeschlaufe beim Kreisel an der Sonnenberg-/Rietackerstrasse weichen musste. Die wartenden Busse störten die Ruhe im Quartier empfindlich.*

*Alternative Antriebe, wie zB bereits im Postulat 600/2014 angefragt könnten hier helfen.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Ruhe in der Stadt – kommt sie? Und welcher Lärm stört uns dann so gewaltig? Sind es die Autos? Sind es die Züge, zum Teil quietschend bei der Einfahrt in den Bahnhof? Ist es die Musik, die zum Beispiel beim H2U Openair auf dem Zeughausareal oder bei den Stadtpark-Serenaden die Anwohner stört? Und möchten wir tatsächlich die absolute Ruhe? Ein Zeichen, das ein Ort verwaist ist, kein Leben mehr hat? In der vorliegenden Interpellation ging es primär um den Autolärm und zu diesem möchten wir gerne*

*folgende Punkte hervorheben und diese der Stadt Uster bei den verkehrsberuhigenden Massnahmen mit auf den Weg geben:*

- 1. Flüsterbeläge sind eine super Sache und dienen dem Zweck zu mehr Ruhe in der Stadt. Jedoch sind sie nicht lange wirksam und ebenfalls nicht so langlebig.*
- 2. In Deutschland gibt es viele Gemeinden, die mit einer Temporeduktion während der Nacht den Lärm reduzieren. Uns ist bewusst, dass dies in der Schweiz kaum verbreitet ist. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn sich die Stadt Uster hierzu mehr Gedanken machen würde und dies vielleicht als Pionierin prüfen würde. Manchmal ist ein Blick über den Teich oder besser die Landesgrenze sinnvoll.*
- 3. Elektroautos sind schon viel ruhiger als die herkömmlichen Autos und werden uns in Zukunft mehr Ruhe bescheren. Jedoch gibt es zu diesen leisen Tönen auch kritische Stimmen. Gerade für sehbehinderte Menschen, Velofahrerinnen und -fahrer sowie Kinder können die ruhigen Elektroautos eine Gefahr darstellen. So sind bereits jetzt Bestrebungen im Gange diesen tollen Autos wieder mehr «Lärm» einzubauen.*

*Und nochmals zur Eingangsfrage: Wie erstrebenswert ist tatsächlich die Ruhe? Ohne Vogelgezwitscher, ohne Kinderlachen, ohne Kirchenglocken oder ohne Kuhglocken, die ich bei mir in Riedikon so liebe.*

*Lärm kann sowohl positiv wie auch negativ ausgelegt werden. Und welchen Lärm wen stört, ist wohl Ansichtssache.*

**Die Interpellation ist erledigt.**

## 9 Interpellation 609/2020 von Andreas Pauling (Grünliberale): Steigerung der Ustermer Solarstromproduktion; Antwort des Stadtrates

Der Stadtrat hat die Interpellation am 6. April 2021 beantwortet (vergleiche Seite 1035).

Der Interpellant, **Andreas Pauling** (Grünliberale), nimmt Stellung und **beantragt vorab Redezeitverlängerung auf 8 Minuten, die vom Gemeinderat mit offensichtlicher Mehrheit genehmigt** wird: *Ich möchte allen, die zu dieser ausführlichen Antwort beigetragen haben, danken. Sie enthält gute Grundlagen, die richtig interpretiert werden können. Leider ist das zum Teil nicht gelungen. Ziel dieser Interpellation war es, kommende Steigerungen beim Strombedarf mit erneuerbaren Energiequellen (sprich Ustermer Solarstrom) zu decken. Ebenso soll durch die erwartete Zunahme der Elektromobilität rechtzeitig die Infrastruktur gebaut werden, damit der Umstieg auf nachhaltige Mobilität nicht verzögert wird. Energie Uster plant, dass ab 2022 das Standardstromprodukt 5-10% Ustermer Solarstrom enthalten soll. Das ist bereits in 6 Monaten der Fall. Wenn dem so ist, wäre das äusserst erfreulich! Nur: 2020 waren wir bei einem Ustermer Solarstromanteil von 2.64% (Stromkennzeichnung der Energie Uster 2020). Mir ist es ein Rätsel, wie dieses Standardprodukt ab 2022 angeboten werden kann, beträgt doch der Zuwachs leider immer noch deutlich unter 1% pro Jahr. Papier ist geduldig und Energie Uster habe wenig Einfluss auf den Ausbau der Solarenergie durch Private schreibt der Stadtrat. Doch, hätte sie schon. Ein Rücklieferarif von 12 Rp/kWh würde es für Private wesentlich attraktiver machen, PVAnlagen zu erstellen. Nicht die Ansätze der EKZ und ewz ist die richtige Referenz für die Festlegung der Rücklieferarife, sondern der Anreiz für Private, Solaranlagen zu erstellen. Nur so kann Energie Uster ihr Standardstromprodukt effektiv auch liefern. Deshalb wäre der Indikator „1% mehr Solarenergie jährlich“ in der Eigentümerstrategie, wie ich ihn vorgeschlagen habe, sehr sinnvoll. So hätte Energie Uster den Auftrag, den Spielraum, den sie z.B bei den Rücklieferarifen haben, zu nutzen. Leider leider ist der Stadtrat nicht willens, vorwärts zu machen, sondern schiebt das auf die lange Bank. Andererseits freut es mich zu lesen, dass die Zunahme des Stromverbrauchs von rund 20% mit Solarzellen auf Ustermer Dächern aufgefangen werden könnte. Ich bin überzeugt, dass auch die benötigten Investitionen von 50 Mio. aufgebracht würden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen (z.B. Rücklieferarife). Private Hausbesitzer würden die nötigen Anlagen automatisch erstellen. Davon scheint aber Energie Uster nichts wissen zu wollen. Schade.*

*Interessant ist auch, dass der Ustermer Strom zu 80% aus ausländischem Wasserstrom besteht. Würden wir den Ustermer Solarstrom produzieren, könnten die Franzosen und Italiener ihren sauberen Wasserkraft-Strom selber brauchen und Atom- oder Kohlekraftwerke zurückfahren. Mehr Ustermer Solarstrom bedeutet also weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dass dies auch im Sinne der Ustermer Bevölkerung ist, haben die 58% Zustimmung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz gezeigt. Die Eigenwerbung 100% Ökoenergie der Energie Uster ist irreführend und wird der Sache nicht gerecht. Bei der Frage nach Überlastung der Stromnetze durch Elektrofahrzeuge war ich ziemlich konsterniert. Energie Uster geht bei ihren Berechnungen davon aus, dass im Jahre 2030 der Anteil Steckerfahrzeuge der Auto-Erneuerungsquote gleich wie 2019 bei 14% liegt. Dies unbeachtet der Tatsache, dass der Anteil Steckerfahrzeuge in der Vergangenheit stark zunahm und im April 2021 bereits bei 37% lag (AvU). Viele Autohersteller werden ab 2030 gar keine Verbrenner mehr produzieren. Trotzdem geht Energie Uster davon aus, dass der Anteil Elektrofahrzeuge auch 2030 immer noch 14% beträgt. Die restlichen 86% der Neuwagen sind Verbrenner, die gar nicht mehr produziert werden....! Es ist klar, dass sämtliche Analysen, die auf solch unrealistischen Annahmen beruhen, hinfällig sind. Ich hoffe sehr, dass Energie Uster ihre Planungen NICHT auf diesen Annahmen basieren. Im weiteren ist die Annahme, dass 20% der Energie ausserhalb Uster geladen würde, unvollständig. Was ist denn mit den Zupendler? Die existieren in der Planung offenbar nicht. Trotz diesen unrealistisch tiefen Annahmen wird zugegeben, dass es intelligente Managementsysteme braucht, dass die Siedlungsanschlüsse nicht überlastet werden. Dies bremst den raschen Umstieg auf E-Mobilität. Investitionen in die Siedlungsanschlüsse sind JETZT angezeigt. Leider ist es bereits jetzt schon so, dass Bewilligungen für Ladestationen in vielen Ustermer Siedlungen aus technischen Gründen verweigert werden. Das ist das Letzte, was wir wollen, doch leider entspricht es der Realität. Im Fazit zur E-Mobilität wird klar, dass ab 2030 Überlastungsprobleme auftauchen können. Der zusätzliche Strombedarf z.B. durch Wärmepumpen ist da noch nicht einmal eingerechnet.*

*Mein Fazit zur E-Mobilität ist, dass Investitionen in die Netze inklusive Siedlungsanschlüsse JETZT geplant und bis 2030 ausgeführt werden müssen. Da weder der Stadtrat noch Energie Uster bereit sind sich diesen Herausforderungen wirklich zu stellen, werden wir uns weitere Vorstösse überlegen müssen.*

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder** (SP): *Das Thema der Solarstromproduktion in Uster könnte dieses Jahr gewissermassen als roter Faden gesehen werden, der uns durch das Politjahr 2021 im Gemeinderat führt. Die vorliegende Interpellation wurde kurz vor Weihnachten 2020 eingereicht und vom Gemeinderat am 8. Februar überwiesen. Aber schon am 18. Januar 2021 behandeln wir hier im Rat den Bericht des Stadtrats zum Postulat 567/2019 von Patricio Frei. Peter Mathis-Jäggi und ich reichten unmittelbar nach jener Sitzung zwei entsprechende Postulate zuhanden der Stadt wie auch der Sekundarschulgemeinde ein, worin wir diese einladen zu prüfen, wie auf ihren Liegenschaften in Zusammenarbeit mit der Energie Uster AG Solaranlagen erstellt werden können. Elf Tage später doppelten dann Patricio Frei und Andreas Pauling noch mittels der Leistungsmotion 618 nach. Die besagten Vorstösse wurden am 15. März 2021 bzw. am 12. April 2021 behandelt, wobei wir am 15. März auch den Massnahmenplan Klima des Stadtrats zur Kenntnis nehmen durften. Anlässlich der letzten Sitzung, am 17. Mai 2021, hatten wir dann die Postulate 630 bis 632 zu behandeln, die alle zumindest einen gewissen Konnex mit der Frage der Solarstromproduktion haben. Und heute besprechen wir nun also die Interpellation des letzten Winters zu diesem Thema. Nun könnte die geschätzte Ratsrechte wohl versucht sein, SP, Grünen und Grünliberalen Hysterie und Aktivismus in diesem Thema vorzuwerfen. Dass sie die dringende Notwendigkeit der Förderung von Ustermer Solarstrom erkannt hat, hat am 8. April 2021 nun aber auch die SVP unter Beweis gestellt mit der Einreichung der beiden Postulate 637 und 638, sodass wir uns hier im Rat auch im Spätsommer wieder mit diesem Thema werden befassen können.*

*Dass dieses Thema – momentan noch nebst der Pandemie – der Dauerbrenner ist, kommt aber nicht von ungefähr. Als Gesellschaft stehen wir vor der Quadratur des Zirkels, dass wir einerseits die Stromproduktion auf CO<sub>2</sub>- und kernspaltungsfrei umstellen und andererseits die Stromversorgung sicherstellen müssen. Und das kann nur gelingen, wenn wir es als Gesellschaft schaffen, die Solarstromproduktion massiv zu steigern. Selbstverständlich hat das nicht nur in der politischen Diskussion zu geschehen, sondern muss auch effektiv umgesetzt werden. Dabei gilt, was uns bereits in der Pandemiebekämpfung vor Augen geführt worden ist: Die besten Massnahmen nützen wenig bis nichts, wenn sie von der breiten Bevölkerung nicht akzeptiert und umgesetzt werden. Gehen Stadt, Kanton und Bund mit gutem Beispiel voran, fördert das zweifellos auch die Akzeptanz in der Bevölkerung. In diesem Sinne ist wichtig, dass wir als Stadt auch vor den notwendigen Investitionen, die sich auf lange Sicht allemal rechnen, nicht zurückschrecken werden.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): *In der Vorbemerkung schreibt der Stadtrat: «Alle diese Antworten werden in die Umsetzung des Massnahmenplans Klima einfließen und liefern eine gute Grundlage für die Massnahmen im Bereich der Förderung des Solarstroms und der Elektro-Mobilität.» Mit seiner Antwort gewährt uns der Stadtrat also einen Einblick in die Zukunft. Und was verrät uns denn diese Kristallkugel?*

*Der Stromverbrauch wird bis 2050 zunehmen, von knapp 53 TWh/a im 2019 auf fast 64 TWh/a im 2050. Zurückzuführen ist diese Zunahme vor allem auf die steigende Zahl an Wärmepumpen und das Wachstum der E-Mobilität. Der steigende Verbrauch verlangt, dass die erneuerbaren Energien kräftig ausgebaut werden – eine davon ist die Solarenergie.*

*In Uster gibt es ausreichend Dächer, um die für diese Energiemenge benötigten Photovoltaikanlagen zu installieren. Allerdings bleibt der Stadtrat eine Antwort auf die zentrale Frage schuldig, wie der Ausbau des Solarstroms realisiert werden soll. Die Energie Uster AG ist beim dafür auf die Dächer Privater angewiesen. Zwar erwähnt der Stadtrat den Ökofonds als Anreiz für Private. Aber die bisherige Erfahrung zeigt, dass wir damit den erforderlichen Zuwachs kaum schaffen werden. Der Stadtrat täte hier also gut daran, sich im Hinblick auf die Ausarbeitung des Massnahmenplans Klima etwas mehr Innovationsgeist walten zu lassen.*

*Der Stadtrat befürchtet auch keine Überlastung der Stromnetze, denn diese würden laufend analysiert und wenn notwendig angepasst. Somit ist die Energie Uster auch in Zukunft leistungsfähig, auch wenn mehr E-Autos fahren. Nur bei einem Szenario von 100%-E-Autos bräuchte es bessere Strom-Managementsysteme, die sich allerdings erst in der Entstehungsphase befinden.*

*Fazit: Der Blick in die Kristallkugel verspricht, dass deutlich mehr Solarenergie möglich ist und die E-Mobilität das Netz nicht so schnell an die Grenze bringen wie, wie befürchtet. Die Energie Uster AG ist in dieser Hinsicht sehr engagiert und hat die nötigen Anpassungen am Netz im Auge, um auch in Zukunft ein verlässlicher Partner auf dem Weg zum Stromnetz 2.0 zu sein.*

*Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvio Foiera** (EDU): Als erstes möchte ich ein paar Grundsatzthemen klären, da die Interpellation nicht primär auf eine Lösung abzielt, sondern erneut nur unnötig Zeit sämtlicher Beteiligten in Anspruch nimmt.*

*Punkt 1 Energiemanagement: Das Energiemanagement beim Verbraucher ist aktuell in der Steinzeit und wird in der heutigen Zeit als Energiezähler (Stromzähler) mit zwei Tarifen bezeichnet. Aktuell laufen in sämtlichen Netzregionen, unter Hochdruck die so genannten Ausbauten auf Smart-Metering. Smart-Metering ermöglicht eine Ermittlung von Stromverfügbarkeiten bei den Verbrauchern zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Ort. Es glättet die Verbraucherkurve, speist zeitungebundene Verbraucher bei Stromüberschuss mit Energie und ermöglicht einen dynamischen Stromeinkauf. Mit unserer aktuellen Netzinfrastruktur ist es nicht möglich zu sämtlichen Zeitpunkten an sämtlichen Orten Energie einzuspeisen, resp. Zu beziehen. Mit dem neuen Metering ist es also nicht zwingend nötig unsere Netze überall flächendeckend auszubauen. Batteriespeicher, Wasserspeicher bei Wärmepumpen, Autoladungen bei Nacht oder direkt ab PV, ermöglichen uns eine optimale Auslastung unseres bestehenden Netzes und die Bereitstellung von Kapazität am Ort der Verwendung. Solange der Ausbau vom Smart-Metering nicht angeschlossen ist, können utopische Fantasien unserer grünen Politiker, weder realisiert noch effektiv betrieben werden.*

*Das heisst also, während die Welt (insbesondere die Schweiz) an Lösungen arbeitet, blockieren oder bremsen grüne Politiker die Energiewende nur unnötig.*

*Punkt 2 Bemühungen durch Private: Ich selbst war an einer Evaluation zur Realisierung einer grösseren PV-Anlage in der Gegend beteiligt. Diese wäre für uns als Projektinitiatoren und Investoren lukrative genug gewesen, um ein gutes Zeichen zu setzen. Die Amortisationszeit unter Abzug von Wartungskosten wäre rund 7 bis 10 Jahre gewesen, also sehr interessant. Das Problem war, dass wir den produzierten Strom nicht ins Netz einspeisen konnten, da es schlicht zu klein ausgelegt ist. Eine Aussicht auf Beteiligung der verantwortlichen Netzbetreiber auf Bundesebene, kann erst nach der Realisierung eines solchen Projekts zugesichert werden und die Höhe bleibt unklar. Das hätte in diesem Fall ein Hoffen auf rund 600'000 Franken bedeutet, resp. bei einem negativen Bescheid, einen Verlust in dieser Höhe. Unter diesen Ausgangssituationen musste das Projekt verworfen werden, da in einem Worst-Case Szenario keine Amortisation mehr erreicht werden konnte und die Planungssicherheit wegfiel. Der Anteil an Solarstrom wäre regional um einen wertvollen Teil angestiegen.*

*Punkt 3 Netzausbauten und Regulatoren: Solange die Hürden für Netzausbauten so immens hoch sind, können wir lange von Ziellösungen träumen, wir müssen die Energiewende am Rückgrat beginnen und erreichen so nachhaltig ein exponentielles Wachstum in den kommenden Jahren, aber bekanntlich ist aller Anfang schwer. Bitte liebe Grünpolitiker, steht zur Seite und behindert nicht jene Bemühungen, die bereits unter Hochdruck laufen, sondern helft konkrete Regulatoren zu verbessern und verzichtet auf die Forderung von Zwangsabgaben und Gebühren.*

*Punkt 4 Bauliche Hürden: Bereits heute ist das Interesse an Wärmepumpen, Regenwasserspeicher im Garten, PV-Anlagen mit Batteriespeicher riesig und wir könnten bereits weiter sein. Durch kantonale Richtlinien und deren noch viel genaueren Auslegungen in der Stadt Uster, werden aufgrund von Grenzabständen, optischen Wahrnehmungen und Lärmemissionen, (welche aus der Praxis meistens vernachlässigbar sind) dutzende Projekte nicht realisiert oder werden schlicht zu teuer.*

*Zur Antwort des Stadtrates: Der Stadtrat beschreibt den Fahrzeugbestand aufgrund einer Skalierung des nationalen Bestands auf Lokalgrösse. Die echte Situation ist also nicht bekannt. Dabei ist auszugehen und auch auf der Strasse wahrnehmbar, dass in unserem urbanen Raum die Affinität zu Elektromobilität deutlich höher ist als im nationalen Schnitt.*

*Für die Projektion nach 2030 rechnet man mit aktuellen Zahlen zur Flottenerneuerung. Ungeachtet der Tatsache, dass viele Hersteller in diesem und nächstem Jahr mit einer breiten Palette an Elektrofahrzeugen auf den Markt kommt. Dies mit alltagstauglichen Reichweiten und zunehmend attraktiven Preisen. In der Gesamtkostenrechnung sowieso. Elektromobilität ist in der Gesellschaft angekommen. Dies sollte auch der Stadtrat berücksichtigen und nicht mit rückwärtsgewandten Zahlen agieren. Gouverner c' est prévoir!*



*Im Sinne einer "Good Governance" gilt es daher proaktiv und vorbeugend zu agieren statt zu reagieren. z. B. durch aufnehmen der Inhalte der Motionen 637 & 638 und potentiell verfügbare Leistung lokal verfügbar zu machen. Eben zB durch bereitstellen der Dachflächen städtischer Liegenschaften für Photovoltaik.*

*Liebe Vorstösser, ich bitte Euch, wenn Ihr wirklich etwas erreichen möchtet, informiert Euch besser, geht bei der Thematik tiefer und versucht realistischere und zielorientiertere Forderungen zu stellen.*

*Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die Interpellation nicht. Sie ist nicht zielführend, viel zu oberflächlich, schlecht recherchiert und verschwendet erneut Ressourcen unserer Stadt.*

**Die Interpellation ist erledigt.**

## 10 Postulat 621/2021 von Angelika Zarotti (SP) und Marco Ghelfi (Grüne): Waldkindergarten

Von Angelika Zarotti (SP) und Marco Ghelfi (Grüne) ist am 12. Februar 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob er einen Waldkindergarten als weiteres Angebot der Primarschule anbieten soll.

### Begründung

Zurzeit wird in Uster auf privater Basis eine Waldkinderkrippe angeboten. Es fehlt allerdings ein Angebot der öffentlichen Schule für einen Waldkindergarten.

Das finden wir schade! Denn der Besuch eines Waldkindergartens fördert die gesamtheitliche Entwicklung eines Kindes. Untersuchungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass Naturerfahrungen für Kinder von elementarer Bedeutung sind.

Der Waldkindergarten arbeitet nach dem Lehrplan 21 und die Lernziele werden allesamt eingehalten. Da der Unterricht aber im Wald stattfindet, werden die Lernziele möglichst über und mit der Natur erarbeitet.

Ein idealer Standort bietet Uster bereits schon. Im Wald gleich neben dem Primarschulhaus Hasenbühl könnte ein permanenter Platz für einen Waldkindergarten eingerichtet werden. Die Räumlichkeiten vom Hort im aufgestockten Pavillon könnten im Notfall genutzt werden. Die kleine Waldfläche bis zum vorderen Hasenbühlweg gehört bereits jetzt zum Pausenplatz und wird von den Schülerinnen und Schülern rege genutzt.

Es gibt viele Gründe, welche für einen Besuch des Waldkindergartens sprechen. Der Lebensraum bietet Platz zum «Kindsein». Kinder lernen sich in Lebewesen einzufühlen und werden ermutigt über Auswirkungen auf die Umwelt nachzudenken. Der Aufenthalt in der Natur fördert sowohl die seelische wie auch körperliche Gesundheit. Untersuchungen haben gezeigt, dass das Spielen in der freien Natur über einen längeren Zeitraum das Immunsystem stärkt. In der Natur werden alle Sinne auf vielfältige Art angesprochen, was dem heutigen Medienkonsum positiv entgegenwirkt. Die Kreativität und Fantasie wird mit dem Umgang von unstrukturiertem Spielmaterial gefördert. Die Kinder sind mehr auf sich selbst gestellt, dadurch entwickeln sie aber auch einen Zusammenhalt in der Gruppe und sie lernen einander zu helfen. Die sozialen Fähigkeiten werden auf diese Art automatisch gefördert.

**Angelika Zarotti (SP)** begründet das Postulat: *Was brauchen unsere Kinder, welche notabene unsere Zukunft sind, für eine gesunde Entwicklung, einen guten Start in der Schule?*

*Die Antwort darauf, ich bin überzeugt, ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft ist. Nicht nur die Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verändert, nein auch die Familien und Familienstrukturen. War es früher selbstverständlich, dass man am Wochenende mit seinen Kindern in den Wald ging und dort zusammen ein Feuer machte, ist dies heute nicht mehr selbstverständlich. Die Anforderungen im Alltag und an die Familien sind gestiegen, das wissen wir alle.*

*Die aktive Spielzeit von kleinen Kindern hat in den letzten Jahren massiv abgenommen. Und doch ist diese wichtig für die Entwicklung.*

*Auf privater Basis existieren in Uster Waldspielgruppen. Einen weiterführenden Waldkindergarten existiert noch nicht. In grösseren Städten existieren diese aber bereits und wie aus dem Bericht der Primarschulpflege zu lesen ist, sind diese sehr beliebt. Die Nachfrage ist jeweils grösser als das Angebot. Auch zeigt sich in der Evaluation, dass die Kinder, welche den Waldkindergarten besuchen, bestens für die erste Klasse vorbereitet sind.*

*Als Wohngemeinde für Familien würde Uster mit einem weiteren Angebot, dem Waldkindergarten, an Attraktivität gewinnen. Wir danken dem Gemeinderat, wenn er diesem Postulat zustimmt und die Primarschulpflege das Projekt weiterverfolgen kann.*

Die Präsidentin der Primarschulpflege, **Stadträtin Patricia Bernet**, nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 149 vom 30. März 2021: Entgegennahme): *Die Natur ist ein wunderbarer Lernort. Kinder lernen in der Natur fein- und grobmotorische Bewegungen. Sie haben vielfältige Sinneseindrücke. Da sie keine «traditionellen» Spielgeräte haben, brauchen sie einen grösseren Wortschatz und entwickeln ihre Phantasie. Sie müssen vor dem Spiel zuerst zu definieren und festzulegen, welche symbolische Bedeutung das «unstrukturierte» Spielmaterial – z.B. ein Ast oder Stein - hat. Unstrukturiertes Spielmaterial erhöht das Qualitätsniveau des sozialen Spielens bereits zu Beginn der Spielzeit. Diese wichtigen Erfahrungen sind eine wertvolle Basis für die weitere kindliche Entwicklung. Es ist bekannt, dass der Wald einen hohen Erholungsfaktor hat und positive Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Ein Waldkindergarten oder Waldkindergärten können deshalb eine wichtige Ergänzung des pädagogischen Angebotes der Primarschule Uster darstellen.*

*Uster ist gross genug für ein Vielfältiges Angebot. Ausserdem ist es wichtig, dass sich die öffentliche Volksschule weiterentwickelt und spezielle Lernformen und Angebote nicht privaten Anbietern überlässt.*

*Ein Waldkindergarten kommt jährlich rund 20 Kindern zugute. Möglicherweise werden Kinder angemeldet, die bereits heute viel draussen spielen. Nachhaltiger wäre es deshalb, ein Konzept zu erarbeiten, um die Natur in die Schule zu bringen. D.h. ein Konzept, bei dem festgelegt wird mit welchen Angeboten Kindergarten- und Unterstufenklassen vermehrt Lernzeit in der Natur verbringen können.*

*Die Primarschulpflege Uster ist daran interessiert zu prüfen, ob, wo und wie ein oder mehrere Waldkindergärten angeboten werden könnten oder was für ein Konzept für die PSU geeignet wäre. Die Primarschulpflege ist bereit das Postulat entgegenzunehmen und empfiehlt dem Gemeinderat die Überweisung des Postulats.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Bei der SVP/EDU-Fraktion stösst das Postulat auf zumeist positives Echo.*

*Ob ein Waldkindergarten in Uster realistisch erscheint, soll abgeklärt werden. Mitsamt Überlegungen zum Standort und zur Verträglichkeit mit der Waldinitiative. Was ein Waldkindergarten ist, dürfte bekannt sein. Es braucht nur noch die Uster-spezifische Auslegeordnung.*

*Das Rad muss bei der Beantwortung des Postulats nicht neu erfunden werden, abschreiben ist ausnahmsweise im Schulbereich erlaubt.*

*Den Text habe ich bis zu diesem Punkt vorbereitet. Jetzt bin ich etwas unsicher geworden. Wir dachten, es gehe um einen Waldkindergarten, auch gemäss der ersten schriftlichen Stellungnahme des Stadtrates.*

*Jetzt plötzlich geht es darum, dass die Primarschule den Kindern den Wald zeigen muss. Das ist doch etwas ganz Anderes. Wir unterstützen ein Postulat zu einem Waldkindergarten, nicht zu einer Lehrplanänderung.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Waldkindergarten sind auf den ersten Blick eine gute Sache. Bieten sie doch die Möglichkeit, den Kinder die Natur näher zu bringen und ihnen neben dem Lehrplan auch andere Dinge, die im Leben wichtig sind, mit auf den Weg zu geben.*

*Und doch sind wir dieser auf den ersten Blick tollen Kindergartenart auch kritisch eingestellt.*

*Wir haben uns die Frage gestellt, wer würde dann seine Kinder in den Waldkindergarten schicken? Sind das nicht schon eh diese Eltern, denen die Natur am Herzen liegt und bereits jetzt am Wochenende mit den Kindern in den Wald gehen. Erreichen wir mit diesem Angebot wirklich die Kinder, denen das Austoben und die Bewegung im Wald gut täte?*

*Ist die Chancengleichheit mit diesem Angebot gewährt oder schaffen wir mit diesem zusätzlichen «nice to have»-Angebot nicht zusätzliche Schranken? Wäre es nicht vielmehr erstrebenswert, wenn alle Kindergartenkinder regelmässig in den Genuss von Waldtagen kommen würden? So einmal wöchentlich oder alle zwei Wochen? Und dies nicht nur dann, wenn eine coole Kindergartenlehrerin sich das als Ziel gesetzt hat, sondern bei allen?*

*Hierzu bitten wir den Stadtrat den jetzigen Stand «Wie viele Tage verbringen die Kinder im Regelkindergarten im Wald» zu überprüfen und in die Antwort einfliessen zu lassen.*

*Die finanziellen Ressourcen eines Waldkindergarten sind sicher interessant. Bräuchte es auf der einen Seite Begleitpersonen und einfache Infrastruktur, könnten auf der anderen Seite jedoch Kindergartenräume eingespart werden.*

*Wir sind bereit das Postulat entgegen zu nehmen, um mehr Klarheit zu erhalten.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Peter Müller** (FDP): *Wir teilen die Einschätzungen der Postulanten und der Primarschulpflege bzgl. der positiven Erfahrungen und Effekten, die das Spielen und Lernen in der Natur für Kinder ermöglicht. Auch gehen wir mit der Primarschulpflege einig, dass die konstante Weiterentwicklung der Schule eine zentrale Aufgabe ist, um die Qualität in der Förderung und Bildung unserer Kinder sicher zu stellen. Dieses Postulat werden wir aber nicht unterstützen. Warum?*

*Die Volksschule ist neben dem Arbeitsmarkt wohl eine der stärksten gesellschaftlichen Säulen in Bezug auf Integration und sie ist eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung von Chancengleichheit. Um diese Ziele zu ermöglichen muss sie auch ein möglichst homogenes Angebot für alle Schülerinnen und Schüler bieten.*

*In den vereinigten Staaten zum Beispiel, werden die öffentlichen Schulen zu einem Grossteil über Grundstückssteuern finanziert, was zu krassen Unterschieden in der Qualität und Leistungsfähigkeit der Schulen in unterschiedlichen Quartieren führt. Ausbildungs-Chance aufgrund des Wohnorts der Eltern. Ein absolutes Schreckens-Szenario und das pure Gegenteil von Chancengleichheit.*

*Zum Glück haben wir in der Schweiz hier ein komplett anderes System, welches regionale Unterschiede ausgleicht. Aber trotzdem: Dieses Postulat und die Stellungnahme dazu gehen in die Richtung eines speziellen, besseren Angebotes für wenige. Die aufgeführte Situation in Manegg und Winterthur, wo die Nachfrage das Angebot laufend übersteigt, zeigt auf welche Zukunft wir hier zu steuern. Das ist nicht der Weg, den Uster gehen sollte. So hehr die verfolgten Ziele auch sind, so falsch scheint uns der gewählte Weg, der sich aus dem Postulat und der Antwort herauslesen lässt. Wer sind denn schlussendlich die Kinder, die von diesem Angebot profitieren werden? Sind es Kinder die mit 6 Jahren bereits stundenlang vor dem Fernseher und Computer belassen werden oder die Sprösslinge von gutgebildeten Eltern mit einem Arsenal von Outdoorjacken im Kleiderschrank, die jedes Wochenende im Freien verbringen? Ich glaube, die Antwort ist allen im Ratssaal hier klar. Hätte man sich darauf fokussiert aufzuzeigen, wie in ALLEN Kindergärten ein noch höherer Anteil an Lehrzeit in der Natur verbracht werden kann, hätten wir dieses Anliegen gerne unterstützt. Die Primarschulpflege kann hier also Ihre Verantwortung in Bezug auf die Weiterentwicklung der Schule wahrnehmen und ein Vorschlag erarbeiten, wie alle Ustermer Kinder in den Genuss von mehr Wind um die Ohren statt Bodenheizung an den Füssen kommen.*

*So wie es jetzt angedacht ist, stehen wir dem Anliegen aber kritisch gegenüber. Unser Ziel ist EINE pädagogisch grossartige Schule für Uster und keine limitierten, quartierspezifischen Sondersettings. Die gleiche Logik – eine gleichförmige, hohe Qualität in der Primarschule Uster für alle Kinder – haben wir auch in die Diskussion zur Tagesschule eingebracht. Deshalb lehnen wir das Postulat in dieser Form heute ab und freuen uns auf Entwicklungsvorschläge, die allen Schülerinnen und Schülern zuteil kommen werden.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Marco Ghelfi** (Grüne): *Wald-Kinder-Garten. Drei durchwegs positiv besetzte Begriffe.*

*Er Wald wird von Biken, Hundefreunden, Förstern und Pilzsuchenden sehr geschätzt und genutzt, Kinder haben wir alle gern, insbesondere wenn es die eigenen sind und ein Garten ist ja bekanntlich der Traum aller Schweizer. Also kann man eigentlich kaum gegen einen Waldkindergarten sein.*

*Aber im Ernst: Braucht es das und ist «brauchen» das richtige Wort? Unsere Kollege Schmid hat in seiner Rückblende diesen Frühlin erwähnt, dass alle in diesem Saal auch ohne Waldspielgruppe gross geworden seien und dass früher die Kinder halt mit den Eltern in den Wald seien. Stimmt! Früher! Meine Kindergartenzeit habe ich Argentinien verbracht und dabei mit meinen Freunden geschaut, wer in einem Nachmittag mehr Skorpione fangen kann.*

*Meinen freien Primarschulnachmittage habe ich in Oberuster im Wald verbracht. Wir haben Verstecken gespielt, haben geheime Schatzkisten vergraben und allerhand Unsinn mit Feuerwerk gemacht. Ich habe keinen Waldkindergarten benötigt. Aber heute sieht die Sache etwas anders aus. Gemäss Studie «Freiraum für Kinder» der Pro Juventute von 2016 verbringen heutige Kinder im Schnitt noch 47 min im Freien! Nicht mal eine Stunde. Nicht gerade viel. Und Darum ist das Wort «brauchen» richtig gewählt.*

*Anderer Punkt: Viele Kinder verbringen bereits im Vorschulalter etliche Stunden vor einem Bildschirm. Viele Unterrichtsarten finden bereits heute digital am Computer statt. Das führt im Kindesalter zu einem verstärkten Wachstum des Auges, was später dann zu Kurzsichtigkeit führen kann. Und nicht zuletzt auch medizinische Kosten verursacht.*

*Allgemein kann auch ohne Studie gesagt werden, dass frische Luft und spielen in der Natur einfach gesund ist. Und wenn man einen pädagogischen Auftrag mit diesen Vorteilen verbinden kann, dann muss eigentlich jedem klar sein, dass ein Waldkindergarten eine ideale Lösung ist. Ganz besonders für eine Stadt, die einen attraktiven Wohnort sein will und auf drei Seiten von Wald umgeben ist.*

**Paul Stopper** (BPU): *Es tönt so sympathisch, das Postulat für Waldkindergärten. Dann hat's sich's aber schon. Ein Waldkindergarten geht davon aus, dass sich die Kinder ständig im Wald aufhalten. Bei Wind und Wetter. Oder eben doch nicht? In vielen Regionen, wo Waldkindergärten bestehen, werden dann im Wald Unterstände gebaut – illegal.*

*Man muss sich doch auch fragen, wie und wo die Waldkindergärtler und die Kindergartenlehrpersonen aufs Klo gehen.*

*Und da sind wir beim eigentlichen Problem: Alle Bevölkerungsteile drängen in den Wald. Die Waldkindergärten, die Mountain-Biker, die Pic-Nicker, die OL-Läufer, die Dauerläufer, die Waldhüttenbauer, etc. Und damit das Mass voll wird, wollen auch die Kiesabbauer in den Wald (siehe städtische Grundstücke im Hardwald in Nänikon). Und für den Klimaschutz will man den Wald vermehrt nutzen um Holzschnitzelfeuerung betreiben zu können. Uster will die Holznutzung verdoppeln.*

*Ich rufe sie auf, den Wald zu schonen, wo man nur kann. Natürlich sind die Auswirkungen eines Waldkindergarten nicht so dramatisch wie die Kiesgruben und Deponien oder die verstärkte Holznutzung.*

*Der Wald muss aber immer für mehr Bedürfnisse erhalten und wird dadurch immer mehr bedrängt. Die Fauna (Waldtiere wie Rehe, Füchse, Vögel, etc.) und Flora haben keine Chance mehr. Der stadtnahe Wald verkommt immer mehr zum Tengel-Tangel-Gebiet – zwischen Kiesgruben und Deponien.*

*Noch vor einigen Minuten haben wir doch über einen Kredit für den Artenschutz und die Förderung der Biodiversität gesprochen. Ja mit diesem Geld sollen die Schäden, die wir anrichten, wieder geheilt werden. Etwas irrwitzig. Billiger kommt es, wenn man auf nicht unbedingt Nötiges verzichtet. Ich glaubte immer, die heutige Zivilisation sei soweit, dass die Menschen in Europa mehr oder weniger sesshaft geworden sind. Vor allem auch aus hygienischen Gründen.*

*Aber: wo soll man beginnen zu verzichten? Das ist eine durchaus schwierige Frage. Das gebe ich zu. Man wird natürlich sofort mit dem Argument in die Ecke gestellt, man gehe immer auf die Kleinen und Schwachen los.*

*Aber beim Waldkindergarten muss man doch feststellen, dass es sich eher um ein Luxusproblem handelt. Im «normalen» Kindergarten hat man doch genügend Möglichkeiten, mit den Kindern in den Wald gehen zu können.*

*Deshalb kann ich das Postulat nicht unterstützen.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 26:8 Stimmen:**

- 1. Das Postulat 621/2021 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Primarschulpflege**

## **11 Postulat 634/2021 von Marc Thalmann (FDP) und Beatrice Caviezel (Grünliberale): Überprüfung des vorgesehenen Elternbeitrags für die Morgenbetreuung**

Von Marc Thalmann (FDP) und Beatrice Caviezel (Grünliberale) ist am 15. März 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen die Erhebung des Elternbeitrages nach Art. 3 des Elternbeitragsreglements vom 1. August 2018, im Vergleich zu der vorgesehenen Pauschale von Fr. 10.00, für die auf das Schuljahr 2022/23 geplante Morgenbetreuung hat.

Folgende Varianten sollen mindestens aufgezeigt werden:

- a) Basisbeitrag Fr. 8.00
- b) Basisbeitrag Fr. 10.00
- c) Höhe des Basisbeitrags, um einen Deckungsbeitrag in ähnlicher Höhe der bisherigen Tagesstrukturangebote (65-70%) zu erreichen.

Begründung

Mit dem Entscheid des Gemeinderates vom 8. Februar 2021 wird die Primarschule die Tagesstrukturen auf das Schuljahr 2022/23 um eine Morgenbetreuung ab 07.00 Uhr mit Frühstück ergänzen. Im entsprechenden Antrag hielt die Primarschulpflege fest, den Elternbeitrag mittels Pauschale auf Fr. 10.00 festzusetzen. Begründet wird dies mit der einfacheren administrativen Handhabung und dem Willen, ein attraktives Angebot zu schaffen.

Die Unterzeichnenden können diese Argumentation nicht nachvollziehen, werden doch nur wenige Kinder lediglich die Morgenbetreuung besuchen, sondern wohl auch den Mittagstisch oder weitere Angebote der Tagesstrukturen. Somit werden die für die Berechnung der Elternbeiträge nach Elternbeitragsreglement vom 1. August 2018 nötigen Angaben so oder so erhoben. Zudem existiert auf der Webseite der Primarschule (<https://www.primarschule-uster.ch/elternbeitraege>) ein einfacher Beitragsrechner, welcher die Beiträge nach steuerbarem Einkommen und Vermögen zu berechnen vermag. Somit dürfte sich der zusätzliche administrative Aufwand in überblickbaren Grenzen bewegen.

Gerade einkommensschwache Eltern oder Alleinerziehende werden mit dem Pauschalansatz bei der Morgenbetreuung benachteiligt. Im Vergleich zum Einkommen müssen sie einen höheren Beitrag entrichten.

Zudem zeigte die Weisung 72/2020 auf, dass mit dem von der Primarschule gewählten Ansatz der Deckungsgrad der bisherigen Angebote deutlich unterschritten wird. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb dieses Angebot auch bei guter Auslastung einen 15-20% tieferen Deckungsbeitrag haben soll.

Die Berechnung der möglichen Basisbeiträge soll vor der nötigen Anpassung des Elternbeitragsreglements erfolgen, damit die festsetzende Behörde (Primarschulpflege) die nötige Entscheidungsgrundlage hat.

**Marc Thalmann (FDP)** begründet das Postulat: *Ich bedanke mich auch im Namen von Beatrice Caviezel beim Stadtrat für die erste Stellungnahme und seine Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen.*

*Aufgrund der in der Stellungnahme gemachten Hinweise des Stadtrates, in welche Richtung eine mögliche Beantwortung und die weiteren Schritte gehen könnten, erlaube ich mir noch folgende Hinweise und Erwartungen:*

1. *Das Postulat eröffnet der Primarschulpflege die Möglichkeit, den Elternbeitrag für die Morgenbetreuung im Grundsatz zu überprüfen und zu überdenken. Es fordert lediglich im Minimum die drei aufgeführten Varianten.*
2. *Was die Einschätzung Preissensitivität der Nachfragenden anbelangt, sollte nicht aufgrund von Mutmassungen abgestützt werden.*
3. *Im Oktober 2020 veröffentlichte der Kanton einen Überblick zur Situation der familien- und unterrichtsergänzenden Betreuung im Kanton. Darin wird festgehalten, dass die Mehrheit der Gemeinden (76%) einkommensabhängig Tarife anwenden. Weiter wird ersichtlich, dass Uster mit CHF 10 nicht im oberen Bereich bewegt, sondern noch leicht unter dem Schnitt von CHF 11 der Maximalbeiträge.*
4. *Der gleiche Bericht zeigt auch auf, dass in der Mehrheit der Zürcher Gemeinden der Elternanteil bei 50 – 80% liegt und der Durchschnittswert im Wesentlichen nur durch die beiden Grossstädte Zürich und Winterthur gedrückt wird. Auch da liegt Uster mit 65-70% also nicht Jenseits von Eden.*
5. *Sollte die Primarschule bei einer Überweisung dieses Postulat es dennoch unnötiger Weise zum Anstoss nehmen, eine generelle Überprüfung der Kostenbeteiligung der Eltern anzugehen, ist zwingend die Abteilung Soziales gleichberechtigt in den Prozess einzubeziehen.*

*Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Postulats.*

Die Abteilungsvorsteherin Bildung, **Stadträtin Patricia Bernet**, verzichtet auf eine Stellungnahme (Stadtratsbeschluss 195 vom 20. April 2021: Entgegennahme).

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Barbara Schäufole-Keel** (SVP): *Erst kürzlich hat die Mehrheit hier im Gemeinderat der flächendeckenden Morgenbetreuung zugestimmt. Diese zusätzliche, nicht gebundene Leistung bezahlen einmal mehr alle mit unseren Steuergeldern mit. Über die Höhe des zu erzielenden Deckungsgrad lässt es sich streiten, ebenfalls wie dieser erreicht werden kann.*

*Uns stört der Gedanke, dass die gleiche Leistung für die einen Personen weniger und für die anderen Personen mehr kosten soll. Gerade diejenigen, die mehr bezahlen sollen, bezahlen doppelt mehr, weil sie schon mehr Steuern bezahlen. Dies entspricht nicht unserem Gerechtigkeitsinn und ist übrigens auch nicht liberal.*

*Viel eher sollte man Familien von Steuern und Abgaben entlasten, anstatt sie mit staatlich finanzierten Angeboten zu locken. So können sie nämlich selber entscheiden, ob sie ihre Kinder staatlich oder privat betreuen.*

*Wir wagen die Prognose, dass die Antwort des Stadtrates letztlich darauf hinzielen wird, dass unter dem Strich weniger Geld eingenommen wird.*

*Wir werden aus diesen Gründen das Postulat nicht überweisen.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Herzlichen Dank für die Bereitschaft das Postulat entgegen zu nehmen.*

*Wir begrüßen es, wenn die Rechnung mit einem tieferen Ansatz nochmals durchgespielt wird, um auch den Wenigverdienenden oder Alleinerziehenden entgegen zu kommen. Ob die Reduktion um 2 Franken der Ausschlag gibt, wir wissen es nicht. Am liebsten wäre es uns, die Überprüfung auch mit 6 Franken noch zu machen, jedoch haben wir das nicht gefordert.*

*Wir sind uns in der Fraktion einig, dass eine einkommensabhängige Tarifstruktur besser den Bedürfnissen der Wenigverdienenden und Alleinerziehenden zu Gute kommt. Uns interessiert es, wie sich dies für die einzelnen Familien aussehen würde. Etwas, das ja bereits in Nachmittagsbetreuung eingesetzt wird.*

*Das Postulat zieht einzig auf den Umstand, dass andere Varianten auf dem Tisch liegen sollen. Die generelle Überprüfung der Tarife über die Morgen-, Mittags- und Nachmittagsbetreuung hinweg war im Grundsatz nicht unser Ziel. Aber selbstverständlich kann die Primarschule jedoch in Eigenregie eine generelle Überprüfung angehen. Die Tarife sind doch etwas kompliziert und undurchsichtig. Vorallem wenn man im Tool der Primarschule mit der einen oder anderen Variable wie Einkommen und Anzahl Kinder spielt. Probieren sie es einmal aus.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Marco Ghelfi** (Grüne): *Wir Grünen unterstützen diesen geforderten Prüfauftrag. Wir befürworten einen adäquaten Kostendeckungsgrad. Uns ist aber in diesem Zusammenhang sehr wichtig, dass auch einkommensschwache Familien sich die Morgenbetreuung leisten können.*

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner** (SP): *Bereits bei der Beratung des Geschäfts «Einführung der Morgenbetreuung» wurde in der KBK Sitzung über Vor- und Nachteile einer pauschalen oder lohnabhängigen Tarifierhebung diskutiert.*

*Für die SP ist es ein Uranliegen, dass Beiträge im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten erhoben werden. Das beste Beispiel dafür sind die Steuertarife – wobei klar ist, dass es da auch noch Verbesserungspotential gibt.*

*Mit der Beantwortung des Postulats werden wir sehen, wie eine einkommensabhängige Tarifierhebung aussehen könnte. Und was das für Wenig-, Gut- und Vielverdienende bedeutet.*

*Das ist der eine Punkt. Den anderen Punkt sehen wir problematischer. Die Ustermer Tarife, auch die Morgenbetreuung, sind im Vergleich mit anderen Gemeinden sehr hoch. Das hat mit dem Kostendeckungsgrad zu tun. 65 – 70 % ist viel zu hoch. Aus unserer Sicht müssen wir da ansetzen. Da ist die Politik gefordert. Sie hat es in der Hand, die Tarife für Eltern, sei es wie in diesem Beispiel für die Betreuung, oder später dann auch die Elternbeiträge für die Musikschule, zu steuern. Das Postulat unterstützen wir nur halbherzig. Interessant wird die Beantwortung sein, weil sie aufzeigt, wie sich die Änderungen auswirken würden, und zwar bei allen - unteres, mittleres und oberes Segment. Halbherzig deshalb, weil es fordert, dass am Deckungsbeitrag nichts geändert werden soll. Das ist für uns klar der falsche Ansatz. Wir hätten es begrüsst, wenn die Petitionäre wenn schon dann nicht nur die Morgenbetreuung isoliert betrachtet hätten, sondern die ganze Beitragsstruktur vor allem im Hinblick auf die sehr teuren Tarife überprüfen lassen wollten. Da haben sie eine Chance verpasst. Oder vielleicht bewusst verpassen lassen. Warten wir die Beantwortung des Postulats ab. Mit der Beantwortung des Postulats wird ja nicht gleich der Tarif angepasst. Dann wird sich vermutlich zeigen, dass es wirklich dringend ist, über Deckungsbeiträge zu sprechen. Dafür wird es vermutlich weitere politische Vorstösse brauchen.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 26:8 Stimmen:**

- 1. Das Postulat 634/2021 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**



## 12 Kenntnisnahmen

### **Volksabstimmung vom 13. Juni 2021** (vergleiche Seiten 1026 und 1151):

- Der Projektierungskredit von 2,3 Mio. Franken inkl. MWST für den Neubau des Kultur- und Begegnungszentrums auf dem Zeughausareal Uster wurde mit 7860:5366 Stimmen angenommen (GRB 9.11.2020: Weisung 63/2020).
- Die Festsetzung der Verkehrsbaulinien Breitackerstrasse, Abschnitt Karlstrasse bis Schachenweg, gemäss Situationsplan 1:500 vom 9. September 2019, wurde mit 4804:7075 Stimmen abgelehnt (GRB 31.8.2020: Weisung 60/2020).

### **Rechtskraftbescheinigung**

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 12. April 2021 sind beim Bezirksrat Uster bis 31. Mai 2021 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

### **Behördenentschädigung, Abrechnung 2020/2021**

Ein Erfassungsfehler hat eine Nachzahlung für alle Ratsmitglieder notwendig gemacht, die im Juli 2021 erfolgen wird.

### **Anfragen**

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 650/2021 von Barbara Schäufole-Keel (SVP) vom 9. Juni 2021. „Ein Geschenk zum Jubiläum – Gesucht wird ein definitives Zuhause für den Boxclub Uster“

Folgende Anfragen sind beantwortet worden:

- 624/2021 von Silvio Foiera (EDU) und Paul Stopper (BPU): „eMobility“ bei Behördenfahrzeugen und Fahrzeugen Dritter im Auftrag der Gemeinde (Stadtratsbeschluss vom 1. Juni 2021)
- 625/2021 von Peter Mathis-Jäggi (SP) vom 24. Februar 2021: Tempo-30-Zone in der Aathalstrasse zwischen Talweg und Steigstrasse (Stadtratsbeschluss vom 25. Mai 2021)
- 627/2021 von Monika Fitze (SP) und Angelia Zarotti (SP) vom 24. Februar 2021: Ausgangslage Kindergarten (Primarschulpflegebeschluss vom 11. Mai 2021)
- 628/2021 von Angelika Zarotti (SP) vom 9. März 2021: „Stoffkreisläufe schliessen – mehr Asphaltrecycling in Uster“ (Stadtratsbeschluss vom 18. Mai 2021)
- 629/2021 von Martin Camponovo (SP) vom 9. März 2021: „Weniger Food Waste (Lebensmittelverschwendung) möglich?“ (Stadtratsbeschluss vom 8. Juni 2021)
- 635/2021 von Markus Ehrensperger (SVP), Barbara Schäufole-Keel (SVP) und Rolf Denzler (SVP) vom 7. April 2021: Covid19-Ausschuss in der PSU (Primarschulpflegebeschluss vom 8. Juni 2021)
- 640/2021 von Matthias Bickel (FDP), Paul Stopper (BPU) und Ulrich Schmid (CVP) vom 9. April 2021: Öffentlicher Verkehr Stadt Uster, Buslinie 818, Sportanalgen, Zwischenerkenntnisse und weitere Finanzierung (Stadtratsbeschluss vom 8. Juni 2021)

Das Jahresessen des Gemeinderates konnte am 9. April 2021 nicht durchgeführt werden. Die Geschäftsleitung hat als neuen Termin dafür **Freitag, 24. September 2021** festgelegt. Einladung folgt.

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 4. Juni 2021: Baudirektion des Kantons Zürich, Direktion der Justiz und des Innern sowie Verband der Gemeindepräsidenten i/S. Voranzeige „2. Zürcher Klimadialog Kanton – Gemeinden“ auf Freitag, 1. Oktober 2021

Die Mitglieder der Kommission Planung und Bau haben erhalten am

- 11. Juni 2021: Stadtbildkommission, Einladung auf Donnerstag, 17. Jun 2021, 15:30 Uhr, Gemeinderatssaal, Stadthaus

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 12. Juli 2021 (Doppelsitzung) statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

28.6.2021

Die Präsidentin  
Anita Borer

30.6.2021

Die Stimmenzähler  
Karin Niedermann

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann